

Kirchenlicher nur in den Religionsstunden zulässig sind und allgemeine Veranstaltungen der Schule, wie Schulfeste, Aufnahme und Entlassung von Schülern, Einweihung und Verabschiedung von Lehrkräften und dergleichen keinen kirchlichen oder religiösen Charakter tragen dürfen. Der Evangelische Bund stellt fest, daß damit zunächst in den Schulen, in denen Gesamtunterricht ohne besondere Religionsstunden erteilt wird, alles Christliche trotz christlicher Eltern und christlicher Kinder völlig ausgeschaltet ist und daß aber auch sonst die Schulen, vielleicht gar auch die bis jetzt unberührten höheren Schulen, zu weltlichen Schulen gestempelt und damit Sinn und Abicht der Reichsverfassung im Gegenteil verkehrt sind. Der Bund bedauert, daß im Kultusministerium nicht christliche Räte zu sitzen scheinen, die bei solchen Maßnahmen ihre Mitwirkung verlangen und ihre Verehrung an eine andere Stelle beantragen. Es ist aber gewiß, daß der größte Teil der sächsischen Bevölkerung die immer weiter getriebene Entchristlichung der Schulen nicht will. Der Bund ruft das Volk schon jetzt hierdurch auf, dem religionslosen und christentumsfeindlichen Regiment, mit dem gerade Sachsen, das Land der Reformation, heimgekehrt sein soll, die nötige Antwort bei der kommenden Landtagswahl zu geben. Der Bund behält sich alles weitere vor.

Die sächsischen Gemeindebeamten und der Schulgeschworenentwurf. Die Regierung beabsichtigt bekanntlich, vor der Auflösung des Landtages noch den Geschworenentwurf betreffend die Pflichten der Beamten und Lehrer durchzuführen. Es handelt sich hier um ein Gesetz, das die Beamten verpflichtet, für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten. Die Grundlage zum sächsischen Geschworenentwurf hat das entsprechende Reichsgesetz abgegeben. Die sächsische Regierung wollte es aber noch auf die Lehrer der Volks- und höheren Schulen, sowie auf die Professoren und Beamten der Universität ausdehnen. Der Landesverband der sächsischen Gemeindebeamten hat sich mit dem Geschworenentwurf der Regierung beschäftigt und sagt in seiner Kritik: „Die Ausdehnung der Bestimmung auch auf die Professoren der Universität läßt die Bestimmung nicht unbegründet erscheinen, daß damit die wissenschaftliche Befreiheit unmöglich gemacht werden kann. Wenn eine solche Bestimmung für den Volks- und Mittelschullehrer Berechtigung haben mag, da diese die Möglichkeit besitzen, Kindern ihre subjektive Meinung aufzudrängen, so würde das, was Schullehrern gegenüber angewendet, geradezu kulturfeindlich wirken und die bedeutendsten Lehrer von unserer Landesuniversität verreiben.“

Gröba. Gestohlen wurde am Mittwoch von 2 bis 10 Uhr nachmittags aus dem Fahrradabwahrungsschuppen im Eisenwerk ein fast neues Fahrrad, Marke „Windsor“, Nr. 173279, mit schwarzem Rahmen, hochgezogener Lenkstange, ausnommsweise großen Pedalen, Continentalbereifung und ohne Bremse. Für Wiedererlangung des Rahmens hat der Diebstahler eine angemessene Belohnung zugesichert. Sachdienliche Mitteilung erbittet die Gendarmerie in Gröba.

Stauditz. Kommanden Sonntag veranstaltet der hiesige landwirtschaftliche Gesellschaftsverein „Agricola“ sein diesjähriges Reiterportfest. Interessenten seien auf die Einladung in einem diesbezüglichen Inserat vorliegender Nummer ganz besonders aufmerksam gemacht.

Vomnachsch. Beim „Lommascher Anzeiger“ ist es zu einem Streit der Besitzenden gekommen, weshalb die gestrige Ausgabe in verkürztem Umfang erschienen mußte. Ananbera. Bei der Wahlberechtigung konnten vergangene Woche an einem wetterklaren Vormittag in der Richtung nach Königswalde zu einen für hiesige Gegend seltenen Raubvogel beobachten. Einer ganz außerordentlichen Größe nach zu urteilen, hatte man einen Adler vor sich.

Lauchau. In der Quecksilber Sandgrube in Rothbach waren zwei Geschirre des Fuhrwerksbesizers Flehmig-Glaucha damit beschäftigt, Sand abzufahren. Kurz nachdem die beiden Wagen beladen waren, bemerkte der Arbeiter Taubert aus Wittstadt Waldenburg, daß der eine Wagen zu weit im Sande steckte. Er ging um den Wagen herum, um dem Uebel abzuwehren, als plötzlich große Sandmassen von den Grubenwänden herabstürzten und L. an den Wagen drückten und bedeckten. Neben einem Armbruch, Schlüsselbeinbruch und mehreren Rippenbrüchen erhielt L. eine große Kopfwunde. Der Tod war sofort eingetreten.

Wanzen. In welcher dreier Weise der Ausverkauf Deutschlands betrieben wird, zeigt der Umstand, daß in den letzten Tagen durch Beamte unserer Polizei große Mengen Waren in unserer Stadt beschlagnahmt worden sind, die von Ausländern oder ihren Vertretern über die tschechische Grenze geschmuggelt werden sollten. Unter den Waren befinden sich alle möglichen Gebrauchs- und Bekleidungsgegenstände. Zwei der verhafteten Schmuggler dürften allein eine Strafe von 1 1/2 Millionen Mark wegen Zollhinterziehung zu gewärtigen haben. Nachdem die Beamten unserer Polizei auf verdächtige Personen ein besonderes scharfes Augenmerk gerichtet haben, sind die Schmuggler auch dazu übergegangen, die gefahten Waren bei Nacht wegzuschleppen. Die für diese beschlagnahmten Waren zu zahlenden Strafen wegen Zollhinterziehung betragen über 4 Millionen Mark.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 7. September 1922.

Der Transportarbeiterstreik.
X Leipzig. In den Verhandlungen, die dem Transportarbeiterstreik vorangingen, wurde von den auf Veranlassung des Transportarbeiterverbandes anwesenden drei Unparteiischen ein den Charakter eines Schiedspruches tragender Vermittlungsvorschlag gemacht, der infolge seiner Annahme durch die Arbeitgeber zum Schiedspruch wurde. Er lautet folgendermaßen: Die drei Unparteiischen des Schiedsgerichtes halten eine Steigerung der Löhne, die in der letzten Augustwoche bezahlt wurden, für den Monat September um 40 Prozent für angemessen. Sollten sich auf dem Wirtschaftsmarkt in der Vertragsperiode die Verhält-

Die „geistig Toten“.

„Die Tötung unheilbarer Geisteskranker ist straflos, wenn sie nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgt.“ So lautet § 1 eines Gesetzesentwurfes über „die Freigabe der Tötung unheilbarer Geisteskranker“, den Stadtrat Borchardt, Diegnitz, angeregt durch eine Schrift der Professoren Binding und Doche, im Augustheft der „Deutschen Strafrechts-Zeitung“ veröffentlicht hat. Man kann das, was in diesem Entwurf und in der Begründung desselben ganz nüchtern ausgeführt wird, nicht ohne Erschütterung lesen. Denn wenn dieser Entwurf oder etwas Ähnliches Gesetz wird, so bedeutet das nichts anderes als die Tötung von vielen Tausend unglücklicher Menschen, und zwar nicht etwa aus Gründen der Humanität oder einer höheren Moral, sondern um einige Millionen für andere Zwecke zu gewinnen. Nicht zu bestreiten ist aber, daß es sich hier um ein großes, schon früher wiederholt gestreiftes Problem handelt. Allerdings ist die Zahl der Blödsinnigen und die für sie aufgewendete Kostensumme überraschend groß. Borchardt betont, daß bei dem raschen Steigen der Verpflegungssätze in den Idiotenanstalten fast alle, die früher ihre Angehörigen auf eigene Kosten in diesen Anstalten untergebracht hatten, allmählich die Armenverwaltungen hätten in Anspruch nehmen müssen. Nach dem Statistik kamen im Deutschen Reich auf

nisse weiter herab zu veranschaulichen, wie in der letzten Zeit, so sind beide Parteien verpflichtet, auf schriftlichen Antrag einer Partei in Verhandlungen zuzulassen, die andere Lohnsätze ab 16. September zu beschließen haben.

Die Finanzlage Oesterreichs.

X Wien. Im Finanz- und Budgetauschuß berichtete Finanzminister Seaur über die Finanzlage. Es sei der Finanzverwaltung möglich gewesen, den Bedarf für August tatsächlich zu decken. Zweifellos würden die Ausgaben im September noch höher sein als im August. Er erwarte, daß es möglich sein werde, wenn nicht besondere Ereignisse eintreten, auch im September das Auslangen zu finden. Die laufenden Einnahmen würden eine Erhöhung erfahren. Dazu kämen 35 Millionen Lire, die aus dem italienischen Kredit flüssig gemacht werden. Ueberdies richtete er an die französische Regierung das dringende Ersuchen, im September von dem französischen Kredit abermals 20 Millionen Francs zur Verfügung zu stellen. Von dem in diesem Monat zu erwartenden schweizerischen Kredit sei mit einem Betrag von 30 bis 32 Millionen Schweizer-Kronen zu rechnen.

Die österreichische Frage vor dem Völkerverbund.

X Genf. Der österreichische Bundeskanzler Seipel erklärte nach der gestrigen Abenddissession den Vertretern der Presse u. a.: Es ist selbstverständlich, daß wir in diesen wenigen Stunden zu keinem abschließenden Ergebnis gelangen konnten. Meine Aufgabe bestand darin, den Völkerverbund über die österreichische Frage aufzuklären und sie mit der nötigen Energie zur Vorsehung zu stellen. Ich kann aber die Hoffnung aussprechen, daß wir hier in voraussichtlich kurzer Zeit in etwa 8 bis 14 Tagen zu einer Lösung der österreichischen Frage kommen. Ueber die Zusammenhänge zwischen seiner Reise nach Prag, Berlin und Berna mit den jetzigen Besprechungen in Genf befragt, erklärte Seipel, daß er mit dieser Reise vor allem die Vorbereitung der Genfer Aktion bezwecke. Die Projekte, die anlässlich dieser Reise in der Öffentlichkeit erörtert wurden, bleiben subsidiäre Projekte. Sie können nur in Betracht für den Fall, daß die Aktion in Genf scheitert, was der Bundeskanzler nicht annehme. Die Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten zeigte auf jeden Fall, daß das Problem nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein politisches sei, und daß es diesmal nicht genüge, daß der Völkerverbund die österreichische Frage wie bisher nur in Kommissionen oder Finanzkomitees behandle. Eine deutliche Anspielung auf diese verschiedenen Möglichkeiten will der Bundeskanzler in der Schlussrede seiner Rede haben, in der er ankündigte, daß Oesterreich, wenn ihm keine Hilfe erteilt werde, sich von seinen Feinden betreiben müsse. Man glaube kaum an diese Möglichkeit und hoffe, daß selbst in einem solchen Falle die Mitwirkung des Völkerverbundes denkbar sei. — Der Außenminister Gruberger äußerte sich in ähnlichem Sinne.

Eine Pariser Stimme zum Vertrag mit Stines.

X Paris. „Zeit Parisien“ schreibt über den Vertrag mit Stines: Ein neues Zeitalter in der Abmündung des Versailles Friedensvertrages wird durch ihn eingeleitet. Was an der Seite neu ist, das ist, daß es sich um einen kaufmännischen Vertrag handelt, der von beiden Seiten frei abgeschlossen worden ist mit Zustimmung der beiden Regierungen, aber ohne Eingreifen der beiden Staaten. Sowohl Deutschland wie Frankreich wären durchaus nicht geneigt gewesen, eine industrielle und kaufmännische Unternehmung von diesem Umfange alsbald zu Ende zu führen. Wenn die Geschäftswelt, die Handels- und Industrie-Welt die Interessen der beiden Nationen in fester Weise mit Hilfe der Zeit miteinander verknüpft haben wird, dann wird die moralische Entzweiung dem folgen können. Geschäftsleute sind es, die über den Abgrund, den der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen hat, die erste Brücke geworfen haben.

Vom Kriegsschauplatz in Kleinasien.

X Adana. Der türkische Vormarsch wird in allen Abschnitten fortgesetzt. Die griechische Niederlage tritt immer deutlicher hervor. Das Gerücht von dem Falle von Alaischir (das alte Philadelphia) bestärkt sich. Desgleichen wird die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen im Bezirk des Meander gemeldet. Die im Rückzug befindlichen Griechen mußten die Höhen auf dem Nordufer des Flusses aufgeben. Türkische Kolonnen sind bereits in der Nähe von Odemisch eingetroffen, wo sie den Rückzug der griechischen Division bedrohen, welche sich augenblicklich in der Gegend von Solichly befindet. Hunderttausende Griechen fliehen vor der türkischen Armee, verfolgt von türkischen Flugszeugen und Kavallerie.

X Paris. Auf die britische Note wegen eines griechisch-türkischen Waffenstillstandes dürfte die französische Regierung erklärt haben, daß sie durchaus der Meinung sei, daß der Kampf zwischen den Griechen und Türken so schnell wie möglich beendet und weiterer Blutvergießen verhindert werden soll. Weiterhin soll erklärt worden sein, daß die französische Regierung im Augenblick kaum die Möglichkeit sehe, einen direkten Druck auf die Regierung von Angora auszuüben, um eine Einstellung der Feindseligkeiten zu ermöglichen. Jedoch sei sie vollkommen bereit, jede praktische Anregung in diesem Sinne günstig aufzunehmen. Die französische Note soll weiterhin zu verstehen gegeben haben, daß die beste Lösung, um schnell das gewünschte Ergebnis zu erreichen, wahrscheinlich darin bestehe, daß die Generalstände der Griechen und Türken sich direkt miteinander in Verbindung setzen, um schnell miteinander die Bedingungen für einen für beide Teile annehmbaren Waffenstillstand zu vereinbaren. Wenn diese Angaben richtig sind, heißt es in der Davosmeldung, so ist die französische Regierung bereit, im Einvernehmen mit den Alliierten die Rolle eines Vermittlers zu übernehmen, ohne sich in dessen endgültig zu verpflichten und ohne eine formelle Zusage zur Intervention zu geben.

X Paris. Laut einer Davosmeldung aus Konstantinopel sind bei Uschaf ein griechischer Armeeführer, zwei

kommandierende Generale, 400 Offiziere und 10000 Soldaten von den Türken gefangen genommen worden. Die fremdlichen Truppen bestanden Gussal, Midin und Sofia. Nach einer weiteren Meldung wurden von den Türken bis zum 30. August sieben Flugzeuge, hundert Automobile und 127 Kamel erbeutet.

Alte Truppen in Smyrna gelandet.

X London. Reuter meldet aus Smyrna, daß mit der Ankunft der allierten Kriegsschiffe die Vorratstruppen Frankreichs, Englands und Italiens von den Marinetruppen der betreffenden Nationen besetzt wurden. Die „Times“ meldet, in gut unterrichteten britischen Kreisen werde der baldige Fall Smyrnas als unvermeidlich angesehen. König Konstantin verließ Athen. Bisher wurde kein Vorschlag für einen Waffenstillstand an die Kriegsführenden gemacht. Die Alliierten erkannten an, daß ein Verzicht auf die Türken während ihres siegreichen Vormarsches eine Absehung zur Folge haben werde, die für das Ansehen der Alliierten im Orient äußerst nachteilig wäre. Die gesamte Lage werde in der heute vormittag stattfindenden Kabinettsitzung erörtert werden. Lord George ist bereits gestern nach London zurückgekehrt. Lord Curzon wird heute erwartet. — „Daily Mail“ berichtet, daß die Griechen, verstärkt durch eine neue Armee, die in Eile aus Throsen nach Kleinasien gebracht wurde, versuchen, einen letzten Widerstand den vordringenden Türken entgegenzusetzen. Die Alliierten setzen ihre Verhandlungen über einen Waffenstillstand eifrig fort, man zweifelt jedoch, daß die siegreichen Türken jetzt geneigt sein würden, die Offensive aufzugeben, bevor die Griechen Kleinasien verlassen haben.

Turnen, Sport und Spiel.

S. Niederelbe-Gau (D. L.). Am 10. September hält der Gau in Weida ein Hinderturnen ab, an dem sich sämtliche Gauvereine angegliederten Hinderturnvereine beteiligen werden. Turnordnung: 1. Leichtes allgemeines Freiturnen für Knaben und Mädchen gemeinsam. 2. Waffenturnen. 3. Sondervorführungen. 4. Eilbotenläufe (Wendeläufe): 8 mal 70 Meter. 5. Spiele.

Bemerktes.

Ueberfall auf ein Rittergut am hellen Tage. Nach einer Meldung des „S. L.“ aus Braunschweig ist von dort eine 80 Mann starke Bande von Felddieben nach Nieserode gefahren, um am hellen Tage das dortige Rittergut anzuplündern und die auf dem Felde liegenden Gärten zu fressen. Die Mitglieder des freiwilligen Trupps und einige herbeigeeilte Feldjäger waren der Uebermacht der Plünderer gegenüber machtlos. Schließlich landete die Braunschweiger Polizei zwei Lastkraftwagen mit Schuttpolizisten. Diese umstellten die Felder und nahmen einen Teil der Plünderer fest. Die übrigen entflohen unter Zurücklassung ihrer Fahrräder.

Wie man in Bagdad Teppiche kauft. Wenn man in Bagdad sich an einem regnerischen Nachmittag langweilt, dann macht gewöhnlich einer den Vorschlag: „Wir wollen Teppiche kaufen gehen.“ Das Teppichkaufen wird in diesem Handelsmittelpunkt der orientalischen Knäuelarbeiten als eine Art Stiefelwerk oder Sport betrieben. Jedermann kauft Teppiche, und der Fremde, der sich in Bagdad nicht einen „echten Perser“ zulegt, wäre eben so vergebens in der Märchenstadt von Tausend und einer Nacht gewesen, wie der Besucher Rom, der den Papst nicht gesehen hat. Aber das Teppichkaufen ist in Bagdad eine ebenso schwierige wie zeitraubende Sache, und die Käufer geben sich diesem Geschäft mit ebenso viel Eifer wie Ausdauer hin. Ein Verkäufer, der über dieses Einkauf von Teppichen plaudert, behauptet, daß bei der Auswahl die Pracht der Farben und die Schönheit der Zeichnung, die für den Käufer ausschlaggebend sind, keine große Rolle spielen. Man hat da ganz andere Kriterien. Wer zeigen will, daß er von Teppichen etwas versteht, der muß zunächst einmal die Zahl der Knoten feststellen, die sich auf einem Quadratfuß befinden. Das ist eine ziemlich anstrengende Beschäftigung, aber je mehr Knoten man zählt, desto besser ist der Teppich. Die genaue Betrachtung der Rückseite genügt keineswegs. Der Käufer reißt zur Probe ein Stückchen aus dem Teppich aus, und der Händler, der stets von vollendeter Höflichkeit ist, läßt sich das ruhig gefallen. Er geht sogar so weit, daß er dem Kunden noch ein Streichholz anbietet, denn das herausgerissene Probchen wird verbrannt. Der Teppichweber verfährt dann in die Betrachtung der Kante und macht daraus die fähigsten Rückschlüsse auf Art und Güte der Färbung. Zum Kauf entschließt er sich aber noch immer nicht, und nun bietet der Händler ihm an, er wolle erst einmal den Teppich waschen lassen. Darauf zieht sich der Kunde befriedigt zurück, und wenn er am nächsten Tage den gewaschenen Teppich betrachtet und ihn in der Farbe völlig unverändert findet, dann entschließt er sich vielleicht zum Erwerb. Es ist ein merkwürdiger Anblick, wenn man Kunden und Händler bei einem solchen Teppichkauf sieht. In dem kühlen Gewölbe, in das durch einen Nischen die funkelnden Sonnenstrahlen strömen, sitzen sie mit ernster Würde auf Stühlen und schmauchen Zigaretten. Die Diener schleppen aus den aufgeschleppten Haufen die kostlichen Stücke herbei, und jeder Teppich wird bestimmt, ob er aus Schiras, aus Teheran oder Meschan kommt, wird in seiner Qualität bewertet. Selbst die herrlichsten Stücke bestehen nicht vor den scharfen Augen der Käufer, und man eint sich dann vielleicht auf einen äußerlich ziemlich unansehnlichen Teppich, der aber einen besonderen Wert der Seltenheit, irgendeinen geheimen Zauber der Herstellung besitzt. . .

Felddiebstähle im Saalekreise. Im Saalekreise bei Halle a. S. haben sich die Felddiebstähle innerhalb der letzten vier Wochen verdoppelt. In der Zeit vom 15. Juli bis 15. August wurden 128 Männer, 229 Frauen und 81 Kinder bei Felddiebstählen angetroffen. Der Wert des gestohlenen Gutes beläuft sich auf 28 100 Mark. In besonders hartem Maße traten Bandendiebstähle auf, und

eintrachten. Das alles ist sehr einleuchtend, aber man kann doch auch die Frage aufwerfen, ob die Blödsinnigen, die geistigen Krüppel, unserer Fürsorge weniger bedürfen als diejenigen, die mit verküppelten Gliedern zur Welt gekommen oder infolge ihres Kriegsdienstes oder gewerblicher Tätigkeit Krüppel geworden sind. Nicht Leide ist es eine petuliche Vorstellung, daß ganze Generationen von Pflegern neben diesen „leeren Menschenhäuten“ dahin-aktieren. Mir ist es noch peinlicher zu wissen, daß Eltern, Geschwister und unter Umständen auch der zuständige Armenverband die Befugnis erhalten sollen, die Lösung dieser Unglücksfälle zu beantragen — denn darauf läuft ja schließlich die Freigabe der Tötung hinaus. Zwar sollen vor der gerichtlichen Entscheidung die Ärzte gehört werden — nämlich darüber, ob der Kranke unheilbar sei. Ist aber denn nicht gerade der unheilbar Kranke unseres besondern Mitleids und unserer Fürsorge würdig? Ich meine: wenn überhaupt die Frage der Tötung unheilbarer Blödsinniger aufgerollt werden kann, nicht der Kostenpunkt die entscheidende Rolle spielen darf, sondern ausschließlich die eigene Not dieser Kranken, ihr Mitleid erregendes Leid, ihre Sehnsucht nach Erlösung. Das aber dieses Verlangen gerade bei den Idioten sehr groß sei, hat man bisher nicht gehört; und das ist wohl der wichtigste Punkt der in der Öffentlichkeit den Widerstand gegen die von den Juristen gegebenen Anregungen hervorgerufen wird.

Immer getragen die Diebstahlschancen und die Wunden, die zum größten Teile Wunden sind, die durch die Flurhüter schonen. In 10 Fällen wurden die Flurhüter angehalten.

Das Glas der Kolonialmandate.

Auf der Tagung des Völkerbundes, die jetzt in Genf stattfindet, soll auch die Frage der Mandate zur Behandlung kommen. Man ist nämlich in dieser Körperschaft sehr ungeduldig über die Art und Weise, wie diese Mandate von den einzelnen Bevollmächtigten verwaltet werden, und die Mandatskommission des Völkerbundes hat bereits verschiedentlich scharfe Kritik geübt. Der Hauptgrund für die allgemeine Unzufriedenheit mit diesen Schöpfungen des Völkerbundes liegt aber doch wohl in der Sache selbst. Die Mandatspolitik hat ein vollkommenes Glas zu erhitzen, wie der frühere deutsche Gouverneur Dr. Heinrich Schnee in einem eingehenden Aufsatz über die Kolonialmandate in der „Zeitschrift für Politik“ ausführlich darlegt. Er betont, daß eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in dem der Kolonien selbst liegt. Die deutschen Kolonien haben dadurch, daß anderen Mächten die Verfügungsgewalt über sie erteilt wurde, auf das schwerste gelitten. Die Wirtschaft liegt allenfalls völlig darnieder; die Vertreibung der Deutschen aus allen Kolonien mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika hat eine katastrophale Wirkung gehabt. Die Plantagen verwelken und verkommen. Der Handel ist mit der Aufhebung der deutschen Faktoreien überall zurückgegangen; dementsprechend sinkt der Absatz für die Produkte der Eingeborenen und ihre Verdienstmöglichkeiten sind außerordentlich vermindert. Ebenso ist die kulturelle Entwicklung der deutschen Kolonien durch die Mandatsverwaltung auf schwerste geschädigt. Für die deutschen Missionare und die deutschen Missionsschulen, deren Wirken ein gewaltiges Ende gemacht wurde, fehlt ein genügender Ersatz. Besonders schlimm ist es um die Schulbildung und Gesundheitspflege bestellt. Krankheiten, die unter deutscher Herrschaft völlig zurückgedrängt waren, wie z. B. in Deutsch-Ostafrika die Malaria, breiten sich wieder aus. Die grobhartige Schlafkrankheitsbekämpfung, die von unsern Ärzten in Ostafrika und Kamerun eingerichtet wurde, hat aufgehört, indem die Mandatäre die völlig unzureichende Tätigkeit einiger weniger Ärzte an ihre Stelle setzten. Die Eingeborenen sind denn auch mit den Zuständen äußerst unzufrieden, wie aus zahllosen Protesten hervorgeht. So haben sich die Samuaren, die durch eine infolge Nachlässigkeit der neuseeländischen Regierung eingeschleppte Grippe-Epidemie ein Viertel ihrer Kopfzahl verloren und überhaupt unter der Miswirtschaft des Mandatärs sehr leiden müssen, in dringlichen Petitionen an den König von England gewandt. Kamerun und Togo protestierten gegen die Übertragung der Verwaltung an Frankreich; aus Deutsch-Ostafrika liegen ungewöhnliche Versicherungen über Unzufriedenheit mit dem englischen Mandatar und über die Gefährdung der Eingeborenen nach der Rückkehr der Deutschen vor. Auch unter weltwirtschaftlichem Gesichtspunkt hat die Neuordnung nur schlimme Folgen gehabt. Wie der italienische Professor Gennaro Mondaini vor kurzem in einem Werk über das Kolonialwesen nach dem Kriege auseinandersetzte, hat der Welt der Verlust der Kolonien die frühere idealistische Auffassung über die Bedeutung der Kolonien vernichtet und den politischen Egoismus gestärkt, der in den Kolonien nur noch Ausbeutungsobjekte erblickt. Noch sind es vereinzelte Stimmen aus dem Lager unserer früheren Gegner, welche die durch den Völkerbund geschaffene koloniale Neuordnung kritisieren und die alten Zustände gegenüber dem System der Kolonialmandate als das Bessere bezeichnen,“ sagt Dr. Schnee zum Schluß. „Aber wie auf dem Gebiete der europäischen Wirtschaft die Einsicht im Wachen ist, daß bei dem untrennbaren wirtschaftlichen Zusammenhang der Nationen die Siegerstaaten unter dem Niedergang der besiegten Länder mit zu leiden haben, so wird auch die Erkenntnis allmählich zunehmen, daß die Fernhaltung des großen deutschen Kulturvolkes von der überseeischen Kolonisation nicht dem wirklichen Interesse der andern Nationen entspricht.“

Die neuen Personenwagen 4. Klasse.

Durch die Erhöhung der Eisenbahntarife ist in letzter Zeit vielfach eine Abwanderung des reisenden Publikums aus der dritten Klasse in die vierte Klasse beobachtet worden. Die Eisenbahnverwaltung mußte daher darauf bedacht sein, für eine möglichst bequeme Ausbelegung der Wagen vierter Klasse zu sorgen, zumal der Staatsvertrag über den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich bereits vorgegeben hat, daß die untere Klasse der Personenzüge zum mindesten entsprechend der bisherigen Leistung in den einzelnen Ländern mit Sitzplätzen ausgestattet sein muß. Neue Wagen dieser Klasse sollen, soweit nicht für Reisende mit Traglasten Vorkehrungen zu treffen ist, vollständig mit Sitzplätzen ausgestattet sein.

Gelächste Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

Im Hospital allerdings, aber nicht in dem Gasthause, in welchem ich abgestiegen war. Ich weiß sehr wohl, daß ich krank hier angekommen bin, ich fühle das Fieber schon in mir toben, aber ich erinnere mich dennoch, daß ich im Gasthause Medizin und Portwein noch gehabt habe.“
„Und bei Ihrer Ankunft hier hatten Sie beides nicht mehr?“ sagte der alte Herr nachdenklich. „Sie dürfen also nicht behaupten, daß es Ihnen hier gestohlen worden sei. Jeder Patient wird hier bei seiner Aufnahme sofort untersucht; alles, was er mitbringt, mag es noch so wertlos sein, wird ihm aufbewahrt, bis er die Anstalt wieder verläßt.“
„Ich weiß nicht an dieser Woche“, entgegnete der Kranke, „ne mag wohl auch in den meisten Fällen streng beobachtet werden, aber jede Regel hat ihre Ausnahme und in jeder Herde findet sich ein eckiges Schaf. Wann und wie ich hierher gebracht worden bin, weiß ich nicht, meine Erinnerungen schließen mit dem Moment ab, wo ich im Gasthof ins Bett fiel.“
„Wie hieß der Gasthof?“
„Auch das weiß ich nicht mehr, er muß in der Nähe des Bahnhofs liegen, ich hatte keine Zeit und auch nicht die Kraft weiter zu wandern; ich ging in das erste beste Haus hinein.“
„Aus dem Gasthaus zum Kraude ist der Patient gebracht worden.“ sagte die Wärterin.
Der Doktor reob rasch das nachdenklich gefasste Gesicht, in seinen Augen leuchtete es plötzlich auf. „Wohnt in demselben Hause nicht die Frau Schlaw?“ sagte er.
„Ja wohl, sie ist die Schwester der Wirtin.“
„Wichtig, ich erinnere mich; die Frau Schlaw hat auch den Patienten hierhergebracht.“
„So ist es, Herr Doktor!“
„Na, ich habe bisher noch keine Veranlassung gehabt, an der Ehrlichkeit dieser Frau zu zweifeln — ist sie augenblicklich in der Anstalt?“
„Nein, sie hatte in der vergangenen Nacht die Wache.“

Die Personenwagen 4. Klasse der preussischen Staatsbahnen bieten nur einem Teil der Reisenden Sitzplätze auf einfachen Holzbänken. Die Mehrzahl muß sich mit Stehpunkten begnügen, wenn nicht das in ärztlichem Interesse zur Mitführung zugelassene Reisegepäck Gelegenheit zum Sitzen gibt. Die in Süddeutschland vorhandenen Wagen 4. Klasse dagegen sind zum Teil ganz mit Sitzplätzen ausgestattet.

Die steigenden Fahrpreise brachten allgemein eine erhebliche Abwanderung von Fahrgästen in die 4. Klasse mit sich, so daß bald ein Mangel an Wagen 4. Klasse eintrat. Die zum Teil vorgenommene Umzeichnung von Wagen 3. Klasse in die 4. Klasse konnte nur einen vorübergehenden Nachschub darstellen und dauernde Abhilfe nicht schaffen. Es mußte daher an eine erhebliche Vermehrung des Bestandes an Wagen 4. Klasse gedacht werden, bei der natürlich die Bestimmungen des Staatsvertrages zu berücksichtigen waren. Die Aufstellung der neuen Entwürfe für Abteil- und Durchgangswagen 4. Klasse wurde so beschleunigt, daß schon im Jahre 1921 eine größere Anzahl von Wagen nach der neuen Bauart in Bestellung gegeben werden konnten.

Die Wagen werden zweifach mit einem Nachband von 6,5 Meter hergestellt. Das Dach ist zur Vermeidung des bisher üblichen, aber recht teuren Oberlichtaufbaues als Tonnendach ausgebildet, das auch bei den Einheitsbauarten der übrigen Personenwagengattungen künftig angewendet wird. Das Wageninnere wird durch zwei sich gegenüberliegende Aborte in zwei Räume geteilt, die zusammen 66 Sitzplätze aufweisen. Die Sitzplätze an den Seiten- und Querrändern bestehen aus einem einfachen Gestell mit aufgeschraubten Sitzbrettern ohne besondere Rückenlehne. Von den übrigen Sitzbänken besitzen sie zwei ineinanderstehende eine gemeinsame Rückenlehne. Ein Mittelgang ermöglicht es den Reisenden, sich schnell über den ganzen Wagen zu verteilen. Ueber den Sitz sind an den Seiten-, Quer- und Seitenrändern kräftige Gassen zum Aufhängen von Kuffen und dergleichen angebracht. Die Wagen sind mit der Nieder- und Unterdruckheizung, Bauart Plinck, ausgestattet, deren Heizkörper an den Seitenwänden so angebracht sind, daß sie die Reisenden nicht behindern und der Platz unter den Sitzbänken zum Abstellen von Gepäckstücken verfügbar bleibt. Die Belüftung der Wagen erfolgt durch Pressluftsaugung.

Die Durchgangswagen erhalten an jedem Wagenende offene Plattformen und Übergangseinrichtungen, die mit den erforderlichen Schutzvorrichtungen für eine gefahrlose Benutzung während der Fahrt versehen sind. Der Zugang zum Wageninneren erfolgt durch Schiebetüren. Die Abteilwagen werden an jeder Längsseite mit 4 Drehsitzen ausgerüstet, um den Reisenden ein schnelles Aus- und Einsteigen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck ist auch die Entfernung zwischen den an den Enden liegenden Sitzbänken etwas größer gewählt worden als zwischen den übrigen Bänken. Die Fenster sind mit Druckrahmen und herablassbar eingerichtet und besitzen lange Aufsichtsbänke.

Die mit den Wagen angeordneten Verleumdungen haben ein günstiges Ergebnis gezeigt. Der Lauf der Wagen, die mit 110 kg Traglasten von 2100 Millimeter Länge und 120 kg Traglasten Federlastenquerschnitt ausgerüstet sind, ließ wesentliche Unterschiede gegenüber einem in dem Verleumdung laufenden dreilagigen Wagen nicht erkennen. Sobald Wagen der neuen Bauart in genügender Zahl vorhanden sind, werden die noch vorhandenen Wagen 4. Klasse ausschließlich für Reisende mit Traglasten eingestellt werden.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Der einfache Brief 6 Mark Porto.
Der Verkehrsbeitrag beim Reichspostministerium beriet am Dienstag die neuen Post-, Telegramm- und Fernspreckgebühren, die am 1. Oktober in Kraft treten sollen. Der Reichspostminister begründete einleitend die Gebührenerhöhungen damit, daß die durch die Markentwertung hervorgerufenen Mehraufgaben für 1922 schon jetzt auf über 30 Milliarden Mark zu schätzen seien, und es sei nicht abzulehnen, wie weit sich der Fehlbetrag durch die weitergehende Verteuerung der sächlichen und persönlichen Kosten erhöhen wird. Es gäbe kein anderes Mittel zur Herstellung des Gleichgewichtes im Volkshaushalt, als eine neue Gebührenerhöhung, deren Nachteile für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung durchaus nicht verkannt würden. Der Verkehrsbeitrag erlaubte die von der Verwaltung geplanten Vereinfachungs- und Vereinfachungsmaßnahmen an und forderte deren schnelle Durchführung. Als Ausgangspunkt für die neuen Postgebühren stimmte er einer Verdoppelung der Gebühren für Briefsendungen zu. Demnach würden die Postgebühren sich wie folgt stellen:
Postkarten im Ortsverkehr 1,50 M., im Fernverkehr 3 M.
Briefe im Ortsverkehr bis 20 gr 2 M., über 20 bis 100 gr 4 M., über 100 bis 250 gr 6 M., im Fernverkehr bis 20 gr 6 M., über 20 bis 100 gr 8 M., über 100 bis 250 gr 10 M.

Personenzüge bis 20 gr 1 M., über 20 bis 50 gr 1,50 M., über 50 bis 100 gr 3 M., über 100 bis 250 gr 5 M., über 250 gr bis 500 gr 8 M., über 500 gr bis 1 kg 10 M.
Anschlußkarten mit Briefen bei höchstens 5 Worten auf der Vorderseite 1 M.
Geschäftspapiere bis 250 gr 6 M., über 250 bis 500 gr 8 M., über 500 gr bis 1 kg 10 M.
Warenproben bis 250 gr 6 M., über 250 gr bis 500 gr 8 M.

Wafete: Raubene bis 5 kg 30 M., über 5 bis 7 1/2 kg 40 M., über 7 1/2 bis 10 kg 60 M., über 10 bis 15 kg 100 M., über 15 bis 20 kg 140 M.; Fernzone bis 5 kg 80 M., über 5 bis 7 1/2 kg 120 M., über 7 1/2 bis 10 kg 160 M., über 10 bis 15 kg 280 M., über 15 bis 20 kg 360 M.
Zeitungspapete bis 5 kg (Raubene) 15 Mark.
Versicherungsgebühr für Briefsendungen für je 1000 M. für Wertbriefe 3 M., für je 1000 M. für Wertpapiere 3 M., mindestens 5 M.

Voranweisungen bis 100 M. 6 M., über 100 bis 500 M. 10 M., über 500 bis 1000 M. 12 M., über 1000 bis 2000 M. 18 M., über 2000 bis 5000 M. 20 M.
Volkswirtschaftliche: Jahrlöhne bis 100 M. 3 M., über 100 bis 500 M. 5 M., über 500 bis 1000 M. 6 M., über 1000 bis 2000 M. 8 M., über 2000 bis 5000 M. 10 M., über 5000 bis 20000 M. 12 M., für je weitere 10000 M. oder einen Teil dieser Summe 6 M., für bargeloses beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, im Höchstfalle jedoch nur eine Gebühr von 30 M. für eine Zahlkarte.

Die geplante Erhöhung der Zeitungsgebühren soll nicht in Wirksamkeit treten, dagegen beruht wiederum dem Verkehrsbeitrag und der Postverwaltung darin Liebererstattung, daß für die Verpackung der Zeitungen, soweit sie nicht von den Verlegern selbst bezahlt wird, der Post ihre Zeitungsgebühren erstattet werden und daß vom 1. Januar 1923 ab wieder Zeitungsgebühren erhoben werden sollen.
Der Verkehrsbeitrag in seiner Weidheit hält ferner eine Erhöhung des bisherigen Zuschlages zu den gestellten und verordnungsmäßigen Fernspreckgebühren von 100 v. G. auf 500 v. G. für ausreichend. Die jetzt einschließlich des Zuschlages zu entrichtenden Gebühren würden demnach etwa verdoppelt. Eine Minderheit stimmt mit Rücksicht auf die ungeheure Verteuerung der Materialien für eine weitere Erhöhung der Zuschläge.

Als gleichliche Telegraphengebühren schlägt der Verkehrsbeitrag vor: Wortgebühr a) im Ortsverkehr 2 M., mindestens 20 M., b) im Fernverkehr 4 M., mindestens 40 M.; für Pretelegramme die Hälfte dieser Gebühren.
Auslandsgebühren: a) Briefe bis 20 gr 20 M., für je weiteren 20 gr 10 M.; b) Postkarten 12 M.; c) Druckfächer für je 50 Gramm 4 M.; d) Geschäftsbriefe für je 50 gr 4 M., mindestens 20 M.; e) Warenproben für je 50 gr 4 M., mindestens 8 Mark.

Diese Züge sind noch nicht endgültig, sie bedürfen der Zustimmung des Reichsrats und des besonderen Reichstagsausschusses.

Volkswirtschaftliches.

Eröffnung der Chemnitzer Effektenbörse. Wie das „B. Z.“ zuverlässig erfährt, soll die vom sächsischen Wirtschaftsminister genehmigte neue Effektenbörse in Chemnitz am 2. Oktober eröffnet werden.

Das Ergebnis der Leipziger Herbstmesse. Der Leipziger Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ schreibt: Die diesmalige kommerzielle Marktschau in Leipzig wurde durch die ungewissen wirtschaftspolitischen Verhältnisse und durch die mit dem Messebeginn zunehmende Dollarkaufkraft maßgebend beeinflusst. Die Einkäufer vereinigten sich in ihren Wünschen, die Waren zu beschaffen, alles in allem hielt sich die Bedarfsdeckung der Inlandsindustrie in engen Grenzen, aber auch die ausländischen Käufer disponierten auffällig vorichtig. Der Ansturm für die Aussteller war um so spärlicher, als das Angebot wieder stattliche Fässer auswies — rund 18000 Fässer hatten ausgestellt — und in einzelnen Zweigen fast überreichlich war. Verschiedentlich zeigte aber auch die Verkäufer kein Interesse für neue größere Abschlüsse, sie verlangten weitgehend Zahlung in ausländischen Werten, was die Zurückhaltung, ja den Widerstand der Käufer noch steigerte. Vom Ausland her wurde die Tschechoslowakei ein überaus zahlreiches Einkäuferkontingent. In großer Zahl waren ferner vertreten Holland, die nordischen Länder und die Schweiz. Die Ueberseeindustrie spielte diesmal, wie meist zur Herbstmesse, keine große Rolle. Auch England hat nur minimal in das Geschäft eingegriffen. Aus Paris waren einige Kaufleute, z. B. Einkäufer des bekannten Kaufhauses „Au bon marche“, zur Stelle. Nicht ohne Interesse ist es, daß ein Teil der Aussteller Aufträge von dieser Seite abgelehnt hat. Die Inlandsindustrie war gut vertreten, vor allem solche aus den besetzten Gebieten. Viel Beachtung fand die erstmalig auf der Leipziger Messe inszenierte russische Ausstellung seiner Holzschmiedereien, Stickerien, Spigen und dergleichen. Die geschäftlichen Ergebnisse hängen nach den aus den Ausstellerkreisen vorliegenden Meldungen im ganzen hinter denen der vor-

„Um, jedenfalls soll die Sache untersucht werden. Es ist ja auch möglich, daß der Wirt die Gegenstände an sich genommen hat, um sie aufzubewahren; mir wäre diese Lösung am liebsten, denn ich gestehe aufrichtig, daß es mir im Interesse der Anstalt unangenehm sein würde, wenn ich die Polizei mit der Untersuchung beauftragen müßte.“
„Auch ich wünsche das nicht,“ antwortete der Kranke, „aber wie soll ich auf die Rückerstattung des gestohlenen Gutes verzichten.“
Doktor Großinger gab der Wärterin verstoßen einen Wink, sie verstand ihn und verließ das Zimmer.
„Sie fürchten die Polizei?“ fragte er leise.
„Fürchten? Dazu habe ich keine Ursache!“
„Ja, sie fürchten Ihren Vah prüfen.“
„So würde sie sich überzeugen, daß er echt ist.“
„Der Vah ist nicht, aber nicht der Name.“
„Die kommen Sie zu dieser Vermutung, Herr Doktor?“
„Wenn man Müller heißt, läßt man nicht eine Krone in seine Taschengeldtasche stecken,“ erwiderte der alte Herr, den ersten Wink voll Teilnahme auf ihn bestend. „Ich bin ein alter Mann und meine es gut mit Ihnen, sagen Sie mir die Wahrheit! Sie führen einen falschen Namen, Sie haben irgend etwas bezogen, was Sie schwang, drüber Ihr Wink zu verstehen. Sie fanden es nicht, und nun sind Sie, an Leib und Seele gebrochen, zurückgekehrt, und nur eine starke Freundeshand kann Sie wieder aufrichten. Ich bitte Ihnen diese Hand ohne Eigennutz, ich will vermitteln zwischen Ihnen und Ihren Eltern.“
„Ich habe keine Eltern mehr,“ unterdrückte ihn der Kranke mit einer abweisenden Bewegung und dem Blick des Argstes ausweichend, „ich weiß auch nicht, was Sie berechnen wollen, mir das alles zu sagen.“
„Ich finde diese Berechnung in meinem Mitleid mit Ihnen und in dem aufrichtigen Wunsche, Ihnen zu helfen.“
„Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme, aber helfen können Sie mir nicht,“ sagte Müller, nun einen herben Ton anschlagend, „lassen Sie mich meinen Weg gehen und lassen Sie mich nicht noch, wohin er führen kann.“
„So dürfen Sie nicht reden,“ rief der Doktor, „Sie

haben in Ihren Fieberphantasien zu viel verraten, um mich nun mit solchen Redensarten abspelen zu können.“
„Was habe ich verraten?“ fragte der Patient sichtbar erschreckt.
„Daß Sie einen Vater besitzen, dessen Verzeihung Sie ersehen müssen, daß ein Schurke, den Sie Schüler nannten, Sie betrogen hat; Sie nannten noch andere Namen, deren ich mich nicht erinnere.“
„Phantasien!“ warf Müller ein. „Was bedeuten Sie mir das?“
„Darüber urteile ich anders, in den Delirien des Fiebers verrät der Kranke seine Geheimnisse, die er bei voller Bestimmung ängstlich hütet,“ erwiderte der alte Herr. „Sie können nicht leugnen, daß meine Vermutungen den Nagel auf den Kopf treffen, aber Sie sehen vielleicht in mir einen neugierigen Mann, der die Geheimnisse anderer erkunden will, um sie in seinem eigenen Interesse auszunutzen. Nun, wenn dies der Fall ist, so wollen wir keine Worte weiter verlieren, ich dränge meine Hilfe niemandem auf, aber vielleicht bereuen Sie später doch einmal, die Freundeshand eines ehrlichen Mannes zurückgestoßen zu haben.“
Diese schlichten, einfachen Worte, in einem polternden und doch treuerzigen Tone gesprochen, hatten sichtbar auf den Kranken einen tiefen Eindruck gemacht; er schloß das blinde Haupt auf den Arm, und während er gedankenvoll durch das offene Fenster in die sonnige Ferne schaute, entrang sich ein schwerer Seufzer seinen Lippen.
„Ich danke Ihnen nochmals,“ drückte er endlich das Schmelzgen, „ich glaube an die Aufrichtigkeit und Ungeizigkeit Ihrer Teilnahme, denn ich sehe in Ihren Augen, daß Sie ein edelstehender Mensch sind. Am so schämmer für mich, daß ich diese Freundeshand nicht ergreifen darf.“
„Und was hindert Sie daran?“
„Die Ueberzeugung, daß Sie mir nicht helfen können.“
„Sie wissen noch nicht, was ich vermag.“
„Können Sie einem Entsetzten die Wunde zurückgeben?“
„Es kommt auf die Schuld an, die auf Ihnen ruht.“
„Reine!“
„Wie können Sie dann von Entsetzung reden?“
„Weil alle dann glauben, die mich, können.“

ausgegangener letzten beiden Messen erheblich zurück. Selbst die Resultate der Herbstmesse 1921 sind nicht erreicht worden. In Porzellan zeigte das Geschäft nicht den großen Zug wie sonst. Die Glasbranche hat mit dem Messerfolg gänzlich abgeschrieben. Kristallglas war trotz der hohen Preise gut verkäuflich, insbesondere fanden die schweren Schiffe Interesse und Begehrt. Größere Umsätze erfolgten in Porzellan. In Spielwaren zeigte das Geschäft diesmal nicht die gewohnte Lebhaftigkeit. Der Hauptbedarf für das In- wie Ausland ist bereits auf der Frühjahrsmesse und später in den Herbstmessen gedeckt worden. Im Metallwarensach entsprachen die Ergebnisse nicht dem großen Angebot. Auch hier ist die enorme Preissteigerung die Ursache; beträgt doch der Aufschlag gegen die letzte Messe nahezu 600 Prozent. Relativ gut war der Absatz in Nickelwaren, Emaillewaren und Lackwaren. Die Kunst- und Galanteriewarenbranche hatte ungleichmäßigen Erfolg. Gut verkauften sich Zerstäubungsgeräte, Kleinbeleuchtungsartikel, Haarwuschmittel. Weniger gut war das Geschäft in Christbaumzweigen und unedlen Bijouterien. Auf der Porzellan- und Spielwarenmesse war ziemlich Verkehr, doch hätte die Bedarfsüberführung größer sein können. Die Technische Messe hatte sich durchweg einen lebhaften Besuch zu erfreuen. Die Stimmung unter den Besuchern war im großen ganzen nicht schlecht, so daß das geschäftliche Ergebnis die nicht allzu hoch gespannten Erwartungen erfüllt hat. In einzelnen Abteilungen, z. B. in der Schwachstromtechnik, in den Holzmaterialien von Metall und den einzelnen Armaturen sowie elektrischen Spezialartikeln sind nennenswerte Auslandsaufträge erteilt worden.

Auflösung Sächsischer Staatspapiere. Kürzlich sind abermals Sächsische Staatspapiere, und zwar: 3000000 Reichsmark-Schatzscheine vom Jahre 1855 aufgelöst worden. Die Liste der gelösten Nummern wird demnächst in der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht, auch bei allen Stadt-

räten, Bürgermeistern und Gemeindevorständen des Landes zu lehrmanns Einsicht ausgelegt. In dieser Liste werden zugleich die in früheren Terminen ausgelassen, aber noch nicht abgehobenen Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider beweist, wie viele Papierinhaber zu ihrem Schaden die Auslosungen übersehen. Es kann nicht genug vor dem Irrtum gewarnt werden, daß, solange die zu beratenden Papiere gehörigen Schecks unbeantragt eingelöst werden, das Kapital ungekündigt sei. Die Einlösungsscheine können die ihnen zur Zahlung vorgelegten Schecks nicht lösen, ob das Kapital selbst fällig geworden ist und lösen jeden echten Scheck ein. Eine Verzinsung ausgelieferter oder gekündigter Kapitale über deren Fälligkeitstermin hinaus findet in keinem Falle statt; die von den Beteiligten infolge Unkenntnis der Auslosung zu viel erhobenen Zinsen müssen vielmehr jederzeit am Kapital abgezogen werden. Vor diesem oft empfindlichen Nachteil können sich die Inhaber von Staatspapieren nur durch regelmäßige Einsicht der Ziehungslisten (der im neuen Auslosungstermin gezogenen wie der Restnummer) schützen. Die am bevorstehenden Vierteljahreswechsel fällig werdenden Zinsen und Kapitalbeträge werden bereits vom 15. dieses Monats an bei der Staatsschatzkasse und den bekannten Einlösungstellen ausbezahlt.

Einzelhandel und Preissteigerung. Die schwierige Lage des Einzelhandels hatte die Führer des Einzelhandels veranlaßt, persönlich beim Reichswirtschaftsminister vorzutreten und um ihm die Frage vorzutragen, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um weiteren Verlusten des Einzelhandels im Einzelhandel, die zur Einstellung der Betriebe und damit zur Verschärfung der Verordnungs- und Zwangsmaßnahmen führen müßten, vorzubeugen. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß Großhandel und Industrie im steigenden Maße dazu übergegangen seien, in Auslands- währung zu fakturieren, so daß der Einzelhandel, wolle er nicht untergehen, gar nicht anders könne, als den Wieder-

verkaufspreis, als welcher der Zederspreis anzusehen sei, seinem Verkaufspreis zugrunde zu legen. Der Reichswirtschaftsminister gab durchaus die schwierige Lage, mit der der Einzelhandel zu kämpfen hat, an. Man beschuldige durchaus unbesonnen den Einzelhandel, daß er der Preis- treiberei Vorkurs lasse. Genötigt kommen Einzelhändler vor, aber im allgemeinen ist zu beobachten, daß im Vergleich zu den Großhandelspreisen im Kleinhandel das Tempo sich verlangsamt. Allerdings sehe die Bevölkerung nur die Kleinhandelspreise in den Kaufhäusern der Stadt, und deshalb richte sich der Unwille über sprunghafte Preissteigerungen der Waren gegen den Kleinhandel. Gegen die Preis- erhöhung aller vom Ausland bezogenen oder im wesentlichen aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Waren seien wir machtlos; wohl aber frage es sich, ob die Produzenten von Waren aus heimischen Rohstoffen sowie die Landwirte mit den Lebensmitteln, die wir im Inland erzeugen, im Preis mit dem Dollarkurs mitlaufen müssen. Das müßte er bestreiten, und hier liegt eine ungeheure Preisentwicklung vor, die beim Produzenten beginnt. Der Minister erklärte weiter, daß das Verlangen des Groß- handels und der Industrie, der Einzelhändler solle in ausländischer Währung bezahlen, eine außerordentliche Lebens- spannung des Handels nach Risikoförderung darstelle, die außerdem zu einer beschleunigten Entwertung der Mark erheblich beitragen würde. Ebenso trat der Herr Minister auch der vielfach beobachteten Neigung, die Preise im kürzeren Frist entsprechend dem jeweiligen Dollarkurs hinauszusetzen, entschieden entgegen, indem er ausführte, daß der Kurs der Mark leider zu sehr abhängig von den Stim- mungen der ausländischen Spekulation, die sich nicht durch die wahre Wirtschaftslage des Reiches, sondern lediglich von den politischen Ereignissen beeinflussen lasse. — Schließ- lich kam noch die Frage der Wiederbeschaffungspreise zur Sprache. Der Minister will diese nur in bestimmten Grenzen gelten lassen.

Zentral- Lichtspiel-Theater Gröba.

Als Freitag bis Montag das größte Ereignis der Saison
Der Graf von Monte Christo
nach dem weltbekannten Roman von Alexander Dumas. Das Filmwerk, welches anfänglich seiner Berliner Uraufführung einen dermaßen großen Erfolg erzielte, daß polizeiliche Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs nötig waren, läuft anscheinlich Uraufführung Mitteldeutschland in unserem Theater.
Als Beiprogramm: **Ein Er-Lustspiel.**
Der kolossalen Unkosten wegen sind wir leider gezwungen, die Preise zu erhöhen. Um gütigen Zuspruch bittet die Besizerin Anna Bach.

Kammerlichtspiele
Hauptstraße
Heute zum letzten Male:
„Im Reiche der weißen Elefanten“.
Als morgen Freitag Fortsetzung des amerikanischen Großfilms „Unter der roten Mäcke“.
2. Teil:
Der Kampf fürs Recht
6 gewaltige Akte aus dem Leben eines Geheimbundes. Spannende Handlung.
Ferner der tolle Protest-Romaner Karl Viktor Plagge, genannt Karlsen, in seinem neuen Lustspiel „Karlehens Glück im Unglück“
— 3 tolle Akte —
wie man sie von Karlsen gewöhnt ist.
in Künstlerkapelle, in Klavier, Orgel, Cello.
Täglich Anfang 7 u. 9 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Um recht regen Besuch bittet der Besizer R. Wares.
Voransicht! Als Dienstag der amerikanische Gesellschafts-Großfilm „Lustschloß“, der Roman eines Rabenmädchens.
Hauptrolle: Die blonde Schönheit Americas — **May Allison.**

Hotel Höpfer.
Sonnabend, den 9. September
großes Streichkonzert
ausgeführt vom Konzert-Orchester Riesa (20 Musiker).
Leitung: **E. Dünke.**
Vorzüglich erwählte Musikfolge.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Nach dem Konzert feiner Ball.
Ergebenst laden ein **W. Höpfer** und die **Kapelle.**
Stellige Bank sucht
jüngeren Beamten oder Kaufmann
zu bald. Eintritt. Gest. Angeb. mit Lebensl., Zeugnisabschr., mögl. Bild, unter C R 9392 an das Tageblatt Riesa erbeten.
Stellige Bank sucht
Fräulein für Telefon
und Registrator. Angeb. mit Lebenslauf, Zeugnisabschr., mögl. Bild, unter C T 9394 an Tagbl. Riesa.

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbetten
diz. an Priv. Rat. 497 resp.
Eisenmöbelfabrik Smal (Thür.).
Guterhaltener Herren-
Wäschenschlaf
v. Privat zu kauf. gesucht.
Angebote unter C O 9389
an das Tageblatt Riesa.
Einen Posten
T-Träger
und
U-Eisen
in Längen bis 12 Meter
haben abzugeben
Haupt & Sohn,
Goschitz.
Telefon 227.

Bereinsnachrichten
Rieser Sportv. e. V. Morgen Freitag Spieler-
ansammlungsfeier Schladtbof.
Infolge der Preissteigerung
seitens der Brauereien, sowie durch
die hohen Unkosten zur Aufrecht-
erhaltung unserer Betriebe sind
wir gezwungen, ab Freitag, den
8. d. S., den Bierpreis
Vollbier hell pro Glas auf M. 18.—
Exportbier nach Münchner Art pro Glas auf M. 22.—
sowie auch unsere anderen Waren dementsprechend
zu erhöhen. Sämtliche Preise sind ohne Bedienungsgeld
festgelegt.
Gastwirtsverein Riesa und Umgegend.
3 gebrauchte Herrenräder
gute Marken, zu verkaufen
L. Winkler, Fahrradhandlung.

Reitersportfest in Stauchitz.
Am Sonntag, 10. September 1922, findet das diesjährige Reitersportfest des Landw. Gesselligkeitsvereins „Moricola“ für Stauchitz und Umgeg. statt. Dasselbe besteht in Karikaturen ein- und zweihändig, Franzosen, Dressurprüfungen, Flachbahnenrennen usw.
Das Fest beginnt mittags 1/2 1 Uhr mit Umzug durch Stauchitz. Für Sigelgelegenheit auf der Festwiese ist gelost.
Karten für Tribüne sind im Vorverkauf bei **Ja. Gebr. Pfandt, Stauchitz, Tel. 21,** erhältlich.
Gönner und Freunde des Reitersportes sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Amerik. Stauböl
alleinige Niederlage für Riesa und Umgeg.
Grust Schäfer Nachf.
Goschitz und Albertplatz, Tel. 56.
Nur in versiegelten Original-Kannen.

Linne sind Amine
und zeitweise garnicht zu haben. Da empfiehlt es sich, anstelle der teuren Eier
Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
zu verwenden. Dies ist natürliches, aus der Milch gewonnenes Eiweiß, ist nahrhaft und leicht bekömmlich, und eignet sich vorzüglich zur Bereitung von Pfannkuchen, Klößen, Kuchen, Torten u. s. w.
Man verlange umsonst das Rezeptbuch „C.“ in den Geschäften. Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an:
Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Wachtung!
Bilschube und Pantoffeln für Damen und Herren preiswert zu verkaufen
Neuweida, Rieser Str. 23
Hinterhaus.
Benzin
für Personen- u. Lastkraftwagen
in jeder Menge liefert prompt und preiswert
Karl Schuppan
G. m. b. H.
Dresden-A. 16,
Eisenstraße 48.
Telefon 33 383 u. 35 167.
Telegr.: Resinit.

Morgen früh
frische Seefische.
Eliend Bäcker.
Nichters Restaurant
— Söberschen. —
Freitag Schlachtfest.
H. gedöckelte
Schweins- löpfe
täglich
frische
prima Margarine
Bäcklinge
und alle Sorten Obst
empfehlen
Paul Pfeifer
Wettinerstr. 20. Tel. 147.
Zeitungsblätter kauf d. O.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben kleinen
Sildegard
sagen wir allen unseren
beachtlichen Dank.
Ernst Müller u. Frau,
Riesa, Großenbainer Str. 5.
Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Braungeflecker
 Jagdhund zugekauft.
Abzugeben Creditanfall.
Beamter
sucht sofort oder später
möbl. Zimmer
(einkl. Wohn- und Schlaf-
zimmer für 2 Personen).
Angebote unter C P 9390
an das Tageblatt Riesa.
Möbl. Zimmer
für 2 Damen in
Gröba oder Riesa
gesucht.
Offert. erb. unter C Q 9391
an das Tageblatt Riesa.
30000 Mark
als 2. Hypothek auf Ge-
schäftsgrundstück gesucht.
Offerten unter C U 9396
an das Tageblatt Riesa.

Durchaus perfekte
Stenotypistin
per sofort gesucht. Offert.
mit Gehaltsanspruch an
**Sächs. Flachsbereitungs-
anstalt, G. m. b. H.,**
Trubbenblatz Reithain.
Grundstück
mit Einf. und Stall geg.
Wohnungstausch unabh.
soll zu verkaufen. Off. u.
C S 9393 an Tagbl. Riesa.
Ein hochmodernes
J-Fahrrad
preisw. zu verk. Zu erst.
Restaurant Wambrius.
Herrenrad zu verkaufen
Weida, Kirchstraße 14.

Altkupfer
Altmessing
kauft als Selbstverbraucher.
Franz Müller, Hauptstr. 53
Fernruf 516.
Piano
oder Kl. Flügel und eine
Schreibmaschine zu kauf.
gesucht. Angeb. m. Preis
an Regel, Dresden,
Griseplatz 11. 8.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlus entschliel heute
früh 1/2 6 Uhr mein lieber treusorgender Vater, unser guter
Bruder und Schwager, der Gutsbesitzer
Clemens Max Gehre.
Um stilles Beileid bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Kobeln, den 6. September 1922.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend um 1 Uhr.

Mädchen
oder alleinstehende Frau
mit Kochkenntnissen für
bald od. später bei hohem
Lohn gesucht. Angebote
mit Gehaltsansprüchen
Hotel „Goldener Stern“,
Liebenwerda.
Reisetasche (Leder)
f. Fußballspieler, verkauft
Eißholz,
Sonnwälder Weg 11.

Bernichtet
werd. Rücken- Rücken
Schmerzen, samt Brut m.
Ultrag. Sichel, 1 Dose
15 W. Zu haben: Zentral-
Procter, Riesa (Gde).
Zahle höchste
Preise für
Wein- und
Bier-**Glaschen**
Richard Böben, Wein-
großhandlung und Gläser-
fabrik. — Telefon 172. —

Tschechoslowakische Wirtschaftskrise.

Die Wertminderung der tschechoslowakischen Krone, die Anfangs in dem von Wilsons Enaben neu geschaffenen Nachkriegs ein freudvolles und entsprechendes Selbstlob der Wirtschaftspolitik so „erfolgreichen“ Regierung zur Folge hatte, wickelt sich jetzt in einer Weise aus, die als natürliche wirtschaftliche Selbstregulierung einer falschen Politik angesehen werden muß. Aus dem handelsrechtlichen Stande hat man die wirtschaftlich und industriell erziehbilsten Gebiete, selbst unter größlicher Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts, herausgehoben. Für den Eigenbedarf erzeugt der neue Staat zwar, um seine reiche Industrie befähigen zu können. Der bis gegen Mitte des Jahres gültige Währungsstand der tschechoslowakischen Krone erlaubt eine ungehinderte Ausfuhr über die neuen Grenzen hinaus. Das hinaufschwellen der tschechoslowakischen Zahlungsmittel, um das dreieinhalbmal seit November schon, wirkt katastrophal. Die Tschechien erlebt für die Ausfuhr dieser Zahlungsmittel, die über Deutschland für die Einfuhr verhängt ist. Die französische Reparationspolitik, zu dessen Erfüllung Gefolgsleute die Prager Regierenden geüben, schlägt nun Frankreichs Freunde bitter hart. Denn über zwei Drittel der Ausfuhr ging noch im vorigen Jahre nach Deutschland und Österreich. Der gesamte Produktionsapparat steht vor seiner Stilllegung. Über eine halbe Million Arbeitslose sind heute bereits vorhanden. Am schwersten leidet die textile schon gänzlich ruhende Glasindustrie. In der meist in deutschen Händen liegenden Textilindustrie ist der Beschäftigungsgrad bereits um sechs Prozent gesunken. In der Metallindustrie sieht es ebenfalls traurig aus. Ueberall ragen die Schloten zum Himmel und Stätten hundertfährigen Fleißes werden „abgebaut“. In Regierungskreisen rechnet man optimistisch immer noch mit einem Zusammenbruch von nur fünfundsiebenzig Prozent der Industrie. Einmal die ab Großmachtsbedürfnisse eingestellte Regierung dieses industriell überaus entwickelten Binnenlandes von dreizehn Millionen Menschen, in dem die herrschenden Tschechen eine Minderheit darstellen, baut ihren Neuenapparat nicht ab. Die Steuerlast vergrößert die ungleiche Entwicklung, denn ein lebendes Heer von hundertfünftausend Mann kostet Geld. Ein Preisabbau hat gegenüber der Steigerung des Geldwertes sogar wie garnicht eingewirkt, so daß von den beschäftigungslosen Massen das Geld noch drückender empfunden wird. Eine besonders schwer empfundene Ungerechtigkeit ist es, daß gerade die in der industriereichen Gegenden ansässigen Deutschen am meisten unter der Inflation der Prager Währungen leiden müssen. Ihnen wird bezeichnenderweise die staatliche Unterstützung so gut wie garnicht zu teil. In man hat in deutschen Kreisen das Gefühl, daß man in Prag die Zerstörung der deutschen Industrie nicht einmal ungern sieht.

Mahnahmen gegen die Wirtschaftskrise. Der gestrige Ministerrat behandelte die Angelegenheit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Teuerung in der Tschechoslowakei und faßte eine Reihe von Beschlüssen, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Herabsetzung der Kohlenabgabe, sowie Ermäßigung der Zölle und andere Vorkehrungen betreffen. Einigen Blättermeldungen zufolge soll die Kohlenabgabe vom 1. 11. ab um 50% ermäßigt werden.

Reichstagsauschuss für Volkswirtschaft.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers. — **Ständehöher Kampf gegen Preiserei und Schlemmererei.** — Die Not der Preise. Im Reichstagsauschuss für Volkswirtschaft gab der Reichswirtschaftsminister Schmidt einen Überblick über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Als größtes Unglück für den schlechten Stand der Welt. Dabei dürfe die Scheinblüte der Wirtschaft nicht über ihre Notlage hinwegtäuschen, die einmal auf der großen Passivität der Handelsbilanz und sodann auf der katastrophalen Kohlenlage beruhe. Vor allem befürchte sich der Minister hierauf mit der weiteren Erhöhung der Drudpapierpreise und den dadurch entstandenen neuen Gefahren für das Fortbestehen der Zeitungen. Abg. Dittmann (N. S. P.) forderte ständehöheren Kampf gegen Preiserei und Schlemmererei, ungedulose Schließung aller hierzu verbleibenden Gaststätten, Vergnügungslokale, Kaffeehäuser und Tanzsäle, Verbot der Branntweinerzeugung und des Starbieres. Ein von den Reichsvereins-Sozialdemokraten unterstützter Antrag der Unabhängigen, der davon ausgeht, daß die Notlage der Preise mit den in dem Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Preise vom 21. Juli 1922 beschlossenen Maßnahmen nicht wirksam bekämpft werden kann, fordert die Festsetzung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellstoff und Drudpapier, den Zusammenschluß der Erzeuger zu Vereinigungen zum Zwecke der Festsetzung von Einheitspreisen und Preisausgleich unter beherrschender Mitwirkung, erträgliche Zahlungs- und Kreditbedingungen für die Preise und Sicherstellung der Papiererzeugung, der notwendigen Rohstoffe sowie des Drudpapiers. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei fordert u. a. wenigstens ein Vierteljahr Verbot jeder Herstellung von Zuckerbrot und Nudeln, Zulassung von 15 Prozent Kartoffeln zum Brot, Verkauf von Weizenbrot nur gegen Krankenfürsorge. Reichsernährungsminister Dr. Hehr erklärte im Hinblick auf die Getreidelage, er werde sich bemühen, die im allgemeinen an die Zwangswirtschaft sich knüpfenden Schäden möglichst zu beseitigen oder wenigstens zu mildern.

Auswüchse im Hamburger Butterhandel. In der vorstehenden Besprechung des Reichsanwalters mit den Vertretern der Gewerkschaften wurde von diesen u. a. auf die Auswüchse im Hamburger Butterhandel hingewiesen. Wie die „Voss. Zig.“ hierüber berichtet, war seit vielen Monaten zu beobachten, daß eine ganz auffallend geringe Menge Butter zur Versteigerung nach Hamburg geschickt wurde, so daß sofort eine starke Nachfrage hervortrat und die Preise ständig stiegen. Nach Festsetzung offizieller Preise wurde dann eine weitaus größere Menge Butter von den Meiereiverbänden an die Hamburger Händler verschickt.

Reichsanwalt der Deutschen Landwirtschaft über die Ernährungslage. Im Anschluß an die Besprechungen des Reichsernährungsministers mit den Führern der Landwirtschaft wird heute der Reichsanwalt der deutschen Landwirtschaft über die Ernährungslage verhandelt. Die Präsidien und Vorsitzenden der preussischen Landwirtschaftskammern sind bereits in diesen Tagen in Berlin zusammengekommen.

Protest der Gastwirte. Der Berliner Arbeitsgeberverband im Gastwirtsberuf hat gestern Abend in einer Versammlung, an der sämtliche Berufsvereinigungen von Groß-Berlin eingeladen waren, gegen die Regierungsvorordnung zur Bekämpfung des übermäßigen Konsums und der Schlemmererei protestiert. In der Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, droht der Verband, auch nicht vor den äußersten Konsequenzen zurückzuschrecken, so daß die vollständige Schließung aller Gaststätten und Hotels in den Bereich der Abwehrmaßnahme zu stellen sei. Der Magistrat der Stadt Berlin verhandelte gestern erneut über Maßnahmen gegen die Teuerung. Es sollen bei

Die Verhandlungen mit den Belgiern

Die belgischen Delegierten in Berlin eingetroffen.

Gaut „B. S. am Mittag“ wurden die am Dienstag in Berlin eingetroffenen belgischen Delegierten Descaerz, Bemelmans und Philippson am Mittwoch vormittag vom Reichskanzler empfangen. Nach der Aussprache mit Dr. Wirth werden sie die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dermes aufnehmen und sich von dort am belgischen Standorten bewegen. Am Nachmittag begannen die Einzelberatungen mit den Staatssekretären Bergmann und Schröder. Man ist überzeugt, daß sich die Verhandlungen in rein geschäftlicher und förderlicher Richtung vollziehen werden. Auf deutscher Seite ist man bereit, durch positive Vorschläge den Vertretern Belgiens die Auffindung eines Weges zu einem tatsächlichen Ergebnis der Verhandlungen zu erleichtern.

Bemelmans hat dem Berliner Vertreter der Agence Havas über den Verlauf des ersten Tages der Verhandlungen zwischen den beiden belgischen Vertretern und der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben: Die heutigen Besprechungen hatten nur vorbereitenden Charakter. Donnerstag vormittag 10 Uhr werden wir uns beim Reichsfinanzminister einfinden, um zu hören, wie die Vorschläge der deutschen Regierung lauten. Ich habe die Überzeugung, daß die deutsche Regierung und ernsthafte und genügende Sicherheiten bieten kann, die uns davon entbinden werden, die Goldreserve der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, ein Mittel, zu dem wir nur in der äußersten Notwendigkeit unsere Zuflucht nehmen würden. Wenn man dennoch diese Reserve anarbeiten möchte, so würde es sich nur um einen äußerst geringen Betrag handeln. Ich bin daher Optimist und glaube, daß die Verhandlungen sehr rasch fortzuschreiten werden. Ich rechne, daß wir am Sonnabend nachmittag wieder abreisen können.

Eine neue Konferenz.

Wie dem politischen Berichterstatter des „Evening Standard“ zufolge verlautet, wird eine interalliierte Konferenz über die gesamten Fragen der Reparationen und interalliierten Schulden zu einem Zeitpunkt vor dem 1. November vereinbart werden.

Der französische Senator Lucien Dubert, der Berichterstatter für das Budget der auswärtigen Angelegenheiten, hat eine Interpellation über die Anwendung einer wirksamen Reparationspolitik im Ruhrgebiet eingebracht.

Das Lubersac-Stinnes-Abkommen.

Der Leiter des Wiederaufbauministeriums Staatssekretär Müller erklärte einem Mitarbeiter des „V. Z.“ über den von Hugo Stinnes abgeschlossenen Wiederaufbauvertrag, daß der Abschluß dieses Privatvertrages zu begrüßen sei. Die Reichsregierung könne den Vertrag, der zur politischen Entgiftung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beitragen werde, im Allgemeinen nur in günstigem Sinne beurteilen. Liege er doch in der Linie der von der deutschen Regierung betriebenen Erfüllungspolitik. Er sei dazu geeignet, wie Rathenau einmal sagte, die Wunden am Körper Europas zu heilen. Er bedürfe noch insofern der Zustimmung der deutschen Regierung, als diese feststellen müsse, ob das Abkommen den Bestimmungen des Wiesbadener, des Bemelmans- und des Gilet-Vertrages entspreche.

Der „Vorwärts“ entwirft sich, wie schon gestern mitgeteilt, über die Gewinne, die bei diesem Geschäft gemacht werden. Auch gestern bringt er abermals einen Zeitartikel mit der Überschrift: „Politik und Geschäft“, in dem er behauptet, daß infolge des Abschlusses dieses Vertrages eine ungeheure Welle der Erbitterung und Enttäuschung durch die Arbeiterklasse gehe. Das Unternehmertum habe den Staat verläugnet und sich stärker als der Staat erwiesen.

Aus Paris wird gemeldet: Der beratende Ausschuss für die Sachlieferungen trat Mittwoch nachmittag im Ministerium für die besetzten Gebiete unter dem Vorsitz Heibels zusammen. De Lubersac, der Vorsitzende des Allgemeinen Verbandes der Wiederaufbau-Gesellschaften, unterrichtete den Ausschuss von dem zwischen ihm und Hugo Stinnes abgeschlossenen Vertrage für die Lieferung von Baumaterialien. Der Ausschuss für die besetzten Gebiete teilte die Bedingungen mit, von denen die Regierung die vorgelegene Weiterabfertigung von Rohle abhängig macht. Die nächste Zusammenkunft des beratenden Ausschusses wird Anfang Oktober abgehalten werden.

Der Mord in Oberkassel.

Die beiden in Oberkassel ermordeten belgischen Soldaten sind gestern beigesetzt worden. Es geht das Gerücht, und zwar auch unter dem belgischen Militär, daß der Mord von einem belgischen Soldaten verübt worden sein soll.

der verarmtesten finanziellen Notlage wenigstens für den ärmeren Teil der Bevölkerung Erleichterungen geschaffen werden, so Unterstützungsbeschlüssen für Empfänger von Armenunterstützung und Brennstoffbeihilfen an Unbemittelte. Ferner soll die Volkshilfe auch während des Winterhalbjahres fortgesetzt, die Armenspeisung durchgeführt sowie die Milchverteilung in der bisherigen Weise weitergeführt und die Zuschüsse für die privaten Kruppen und Orte erhöht werden. Um die Durchführung zu ermöglichen, sollen die Zölle für die Waren, die 40 Prozent des zur Dillfestsetzung nötigen Betrages von 20 Millionen Mark durch die Gewerke und 60 Prozent durch die Elektrizitätswerke aufgebracht werden. Ferner soll u. a. eine Verkehrssteuer und eine Schlemmersteuer eingeführt werden.

Dr. v. Rahr über die wirtschaftliche Lage.

Aus München wird gemeldet: Regierungspräsident Dr. v. Rahr hielt auf der Preisversammlung des landwirtschaftlichen Vereins von Oberbayern eine Rede über die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes, in der er, ausgehend von der letzten gewaltigen Teuerungswelle, einen Vergleich zog mit der Entwicklung Österreichs, und u. a. sagte, er sehe nichts, was uns eine von Österreichs Schicksal verschiedene Entwicklung der wirtschaftlichen Lage abzuwenden erwarten lasse. Unsere Wirtschaft habe die Tendenz, uns abwärts, statt in die Höhe zu ziehen. Dabei dürfe die Wirtschaft nicht unser Schicksal vorschreiben. Wir müßten zurück zur napoleonischen Auffassung der Tat, die Politik sei unser Schicksal. Das könne aber nur geschehen durch eine Abkehr von der mechanistischen Weltanschauung und durch die Rückkehr zu einer ethischen. Auf unsere Lage angewendet, heiße das, es gebe kein Naturgesetz, wonach mit jedem Steigen des Dollars der Preis für alle unsere Waren steigen und die Löhne ebenfalls steigen müßten. Wenn wir uns in letzter Stunde vor dem Abgrund retten wollten, müßten wir unsere Mark stabilisieren, keine höheren Preise nehmen, aber auch keine höheren Produktionskosten mehr. Das müsse die Lösung sein. Niemand brauche dabei zu Schaden zu kommen. Ob dafür ein Gesetz notwendig sei, wage er nicht zu entscheiden. Es würde allein auch nicht genügen. Notwendig sei ein starker geschlossener Wille des Volkes.

Die sozialistischen Einigungsverhandlungen.

Gestern hat in Berlin eine Unterkommision der SPD. und der USPD. getagt, die über die Fragen der organisatorischen Verschmelzung der beiden Parteien beraten sollte. Die Beratungen haben noch nicht zum Abschluß geführt.

Zu dem sozialistischen Einigungsprogramm schreibt das „Berl. Tagebl.“: Das Programm entlastet jeder Form der proletarischen Diktatur, der ja einst, in seiner Jugendzeit, auch Karl Marx das Wort geredet hat. Er entlastet des Weiteren dem Marxismus, der auf der Expropriation der Expropriatoren“, das heißt auf der allgemeinen Vergesellschaftung aufgebaut war. Was übrig bleibt, ist ein radikales sozialpolitisches Programm. An seine Spitze wird der Schutz der demokratischen Republik und die Umgestaltung des gesamten Rechtswesens gestellt, um die „Klassenjustiz“ zu beseitigen. In der Steuerfrage werden nicht mehr, wie früher, generell die indirekten Steuern abgelehnt, sondern nur der Grundsatz der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgestellt. Auch das allgemeine Erbrecht der Gesellschaft, durch das, wie man sich es einst dachte, die Expropriation der Besitzenden wirksam vorgenommen werden könne, ist aus dem Programm verschwunden und wird nur beschränkt auf ein Erbrecht des Staates bei entfernten Verwandtschaftsgraden. Von allen Vergesellschaftungsvorschlägen ist lediglich die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaus, ausgedrückt. In der Sozialpolitik wird der Ausbau der sozialen Gesetzgebung, die Abwehr aller Angriffe auf den Achtundtag und ein einheitliches Arbeiterrecht verlangt. Die internationale Politik ist auf dem Sozialismus aufgebaut. Im einzelnen legt sie sich für die Abänderung der Friedensverträge, für eine internationale Rechtsorganisation und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands ein. Bemerkenswert ist endlich noch die Vereinseitigung des Sozialismus nach der gewerkschaftlichen und genossenschaft-

lichen Seite hin. Im ganzen genommen, bietet es der kommenden geeinten sozialistischen Partei die Möglichkeit, sich den labilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands anzupassen und positiv an der Wiederrichtung Deutschlands mitzuarbeiten.

Eine große Rede Lord Robert Cecil auf der Völkerbundstagung.

In seiner gestrigen großen politischen Rede auf der Völkerbundstagung in Genf berührte Lord Robert Cecil u. a. eine Anzahl Deutschland betreffende Fragen, so die obersteinstische Frage, die Saar- und die Danziger Frage, sowie den deutschen Markkurs. Er sprach seine Bewunderung aus über den Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens unter Leitung Calonder, ging dann auf die Verhältnisse im Saargebiet ein und erklärte, daß an der Neubestimmung Dr. Factors im saarländischen Gebiet schärfe Kritik geübt worden sei. Dies erregte allgemeines Aufsehen. Cecil sagte er an, daß zur Behandlung der besonders schwierigen Danziger Frage ein eigener Ausschuss eingesetzt werden müsse. Hierauf schritt Lord Robert Cecil unter wachsender Aufmerksamkeit der Versammlung das Problem der europäischen Wirtschaft und die Frage der Wirtschaftskrise an. Er erklärte vorwiegend: „Ich möchte noch einige Worte über die Wirtschaftskrise, die gegenwärtig Europa bedroht, sagen. Diese Zweifel über die Klärung von größter Wichtigkeit. Sie ist vielleicht die wichtigste und dringendste Frage seit dem Waffenstillstand. Die Wirtschaftskrise ist außerordentlich ernst und tiefgehend. Sachverständige Beobachter erklären, daß die Art, in der die Krise sich äußert, nämlich der Sturz der Mark, wohl dazu führen könnte, daß es nur noch die Frage von Monaten sein wird, bis Deutschland sich in derselben Lage befindet, wie Österreich. Um diese Frage gruppierten sich andere, die ebenso wichtig sind, die Reparationsfrage, die Frage der interalliierten Schulden, die gegenwärtig die Welt bewegen. Da muß man fragen, ob dieser Zustand fortauern darf, und ob wir zulassen können, daß die internationale Atmosphäre vergiftet wird. Drei Jahre sind seit Friedensschluß vergangen. Sind wir seit dem einer endgültigen Regelung viel näher gekommen? In der Rede eines bedeutenden Mannes, des Schweizer Bundesrats Schultess, heißt es, daß diese Fragen nicht eine oder zwei Nationen beschäftigen dürfen. Ich unterstelle diese Feststellung. Solange diese Krise andauert, interessiert sie nicht nur die eine oder die andere Nation, nicht nur die Nationen Europas, sondern alle Völker der Welt. Der Völkerbund muß an der Regelung teilnehmen. Ich beabsichtige nicht, eine Lösung dieser verwickelten Fragen vorzuschlagen, die so schwierig und so heikel sind, daß sie die tüchtigsten Geister Europas verwirren. Es wäre vorlaut von mir, wenn ich versuchen würde, sie hier zu lösen, aber ich bitte die Völkerbundversammlung, daß sie diese Probleme aufmerksam prüfen möge, sobald sie, bevor sie auseinander geht, irgend etwas erzielt. Denn wenn wir hier nichts erreichen könnten, so würden wir die größte Enttäuschung hervorrufen, alle Länder der Welt würden an dieser Enttäuschung teilnehmen.“

Lord Robert Cecil trat hierauf in eine kurze Besprechung des Abrüstungsproblems ein, das vor verschiedenen Organisationen des Völkerbundes zur Verhandlung stehe. Er meinte, daß, wenn die vorgeschlagene Lösung auch nicht zu einer tatsächlichen Erarbeitung der Rüstungen führen werde, sie doch wenigstens den einzufliegenden Weg zeigen könne. Als größtes Hindernis für die Lösung der Abrüstungsfrage bezeichnete er die gegenwärtige Verfassung des internationalen Geistes. Im Anschluß daran erinnerte Lord Robert Cecil an eine Aeußerung des französischen Delegierten Roblemaire auf der letztjährigen Versammlung, der die moralische Abrüstung gefordert hätte. „Diese Abrüstung“, sagte Lord Robert Cecil, „ist noch nicht erreicht. Das ist einmal die Folge des gegenwärtigen wirtschaftlichen Durchsturzes.“

Damit schloß Lord Robert Cecil nochmals zu einer kurzen und eindringlichen Besprechung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zurück. Diese Wirtschaftskrise verbergt, so äußerte er aus, alle Wege. Ich bitte den Völkerbund, diese ernste Frage nicht aus den Augen zu lassen. Ich verkenne nicht die entgegenstehenden Schwierigkeiten. Man wendet oft ein, daß es sich hier um Kriegs-

fragen handeln, daß das Problem des Krieges vom Völkerverband, der für Friedensprobleme gegründet ist, nicht erörtert werden könne. Das mag vielleicht richtig sein, aber alle Fragen gehen eben auf den Krieg zurück. Da kann man keine Grenze ziehen zwischen diesen Fragen und solchen, die zum Verstand des Völkerverbandes gehören. Nach meiner Ansicht muß der Völkerverband alle Fragen, ob sie aus dem Krieges kommen oder nicht, anpacken. Ebenso hält Lord Robert Cecil den Einwurf für hinfällig, daß der Völkerverband gewisse Probleme nicht behandeln dürfe, weil sie anderen Körperschaften unterstehen. Ich protestiere, sagte er, gegen eine solche Auffassung. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Ubergangsperiode. Wenn der Völkerverband etwas erreichen will, so muß es alles sein oder nichts! Er darf sich nicht mit untergeordneten Fragen befassen. Wir müssen hier das Streben der Völker, wie es im Völkerverband niedergelegt ist, verwirklichen. Früher oder später müssen wir alle Verantwortung, die uns aus dem Völkerverband zukommt, auf uns nehmen! Lord Robert Cecil erwiderte an das Wort Dantons: „Mühelosigkeit und nachmalige Mühseligkeit! Wir dürfen nicht mehr vorläufig sein, sondern müssen handeln und die Initiative ergreifen, sonst werden wir nichts erreichen.“

Die Rede des österreichischen Bundeskanzlers.

Zum Einanga seiner Rede in der öffentlichen Sitzung des Völkerverbandsrat's betonte Bundeskanzler Dr. Seipel, es gehöre zweifellos zu den Aufgaben des Völkerverbandes, ein so ungeheures Unglück zu verhindern, wie es der Zusammenbruch Oesterreichs wäre. Das Ausland sei sich nicht darüber klar, ob Oesterreich überhaupt lebensfähig sei oder nicht. Oesterreich, so wie es der Vertrag von St. Germain geschaffen und seinem Schicksal überlassen habe, sei nicht lebensfähig und könne es nicht sein. Es bedürfe der Garantien aller oder einiger Mächte, damit Oesterreich den notwendigen Kredit erhalten. Dieser Kredit solle dazu dienen, den weiteren Verfall der österreichischen Währung aufzuhalten. Für ihre Beteiligung an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs sei eine Kontrolle der Mächte über die Verwendung der Kredite unumvermeidlich: sie dürfe aber nicht die Souveränität Oesterreichs beeinträchtigen. Der Verlust der politischen Freiheit selbst bei ändernder Ebene von Souveränität sei viel demütigender als sofortiger Verlust auf Unabhängigkeit und Ansehens als ein großes Unheil. Dann werde Oesterreich westwärts an der Souveränität eines großen Volks teilnehmen. Nach Entgegennahme dieser Erklärung bestanden die Mitglieder des Völkerverbands in geheimer Sitzung an den Bundeskanzler und den Minister des Auswärtigen Grünberger verschiedene Fragen, worauf sich der Rat über das einzuschlagende Untersuchungsverfahren einigte. Er faßt, daß das Problem sowohl unter politischen wie auch unter wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten geprüft werden soll, auch im Hinblick auf die innere Ordnung in Oesterreich. Zu diesem Zweck wurde ein Ausschuss gebildet, dem je ein Vertreter Oesterreichs, Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei angehört. Dieser Ausschuss soll verpflichtet sein, auch die Vertreter anderer Staaten zu hören, soweit sie an der zu behandelnden Frage interessiert sind. Außerdem stehen dem Ausschuss die Völkerverbandsorganisationen sowie die finanziellen, wirtschaftlichen und juristischen Sachverständigen zur Verfügung. Der Ausschuss wird seine erste Sitzung am Freitag abhalten.

Vor einer großen Schlacht in Kleinasien.

„Daily News“ berichten, es stehe eine große Schlacht zwischen Griechen und Türken in Kleinasien bevor, die über das Schicksal Smyrnas entscheiden werde. Die letzten in London eingetroffenen Telegramme berichten, daß die Türken immer noch langsam vorrücken, daß die Griechen jedoch von der Demoralisation, die dem türkischen Angriff folgte, erholt haben. Die griechischen Truppen hätten eine neue, stark befestigte Stellung eingenommen; es sei indes zweifelhaft, ob sie den Fall Smyrnas verhindern könnten. Trübsal sei von den Türken nach fürchtbarem Kampf durch einen Bajonettangriff genommen worden. — Wie aus Athen gemeldet wird, hat General Lüdmanis sein Amt als Chef des großen Generalkabes angetreten. Einer neuer Meldung aus Athen zufolge befehligt die Lage weiter für die Griechen. Der Wechsel im Oberkommando scheint einen günstigen Eindruck gemacht zu haben. Die Lage der südlichen Streitkräfte bei Esti-Schehir wird in jeder Beziehung als sicher betrachtet. Wie Paris ferner aus Athen meldet, wird dort die Nachricht, daß die griechische Regierung um Vermittelung der britischen Regierung zwecks Abschluß eines Waffenstillstandes gebeten habe, demontiert. Außer der Vermittelung einer Darlegung der wirklichen militärischen Lage an die britische Regierung auf deren eigenen Wunsch habe die Athener Regierung keinerlei Schritte unternommen, weder in London noch anderswo. — Der französische Gesandte in Athen hat Dienstag aus Paris Instruktionen erhalten, mit den alliierten Gesandten einen Kollektivschritt bei der griechischen Regierung bezüglich der Konferenz von Venedig zu unternehmen. Man betrachte es als sicher, daß die griechische Regierung einwilligen werde, sich an der Konferenz zu beteiligen.

„Ministerherrlichkeit“.

Ueber Ministerherrlichkeit wird der „Zeit“ aus Parteikreisen geschrieben:

Heute liegen die Dinge so, daß man demjenigen Verfassungskriterium des Bürgerrechts, die sich bereit erklärten, ein Ministeramt anzunehmen, den Schematismus oder ihrer Unzulänglichkeit und Selbstverleugung reichen müßte. Alle Beleidigungen, die früher ein solches Amt erhaltenswert erscheinen ließen, sind in Wegfall gekommen. Die Zahl der Reichs- und Landesminister a. D. beläuft sich auf viele Hunderte. Die Amtsdauer ist begrenzt je nach den parlamentarischen Krisen, die eine Aenderung der Parteienzusammensetzung bringen. Der Klang des Namens nach außen ist vollkommen verblasst. Im inneren Betriebe kommt der Minister kaum dazu, sich um sein Ressort zu kümmern und dort vielleicht Befriedigung in seinem Amte zu finden, weil Kabinettskrisen, parlamentarische Ausschüsse, Empfang von Deputationen ihn vollkommen in Anspruch nehmen. Die Funktion, statt dem Minister zu folgen, schießt sich vielfach als das vorgelegte Tribunal, vor dem der Unzulängliche zu erscheinen hat, wenn wieder einmal in der Fraktion nicht begriffen wird, daß ein Zusammenarbeiten mit anderen Fraktionen nur Kompromisspolitik sein kann, bei der jeder nachzugeben hat. Werden Beamte einer anderen Partei ernannt, so greift der Wahlkreisvorstand des betreffenden Wahlkreises, während kaum ein Dant da ertönt, wo das Umgekehrte der Fall ist. Antworten ohne Zahl werden an den Minister gestellt. Da er nur einen kleinen Teil davon erfüllen kann, wird die Zahl seiner Gegner wachsen. Die Unzulänglichkeit des politischen Kampfes stellt ihn in den Mittelpunkt der Angriffe, ungezügelt wird an seiner Person und seiner Tätigkeit Kritik geübt, und nach einer Reihe von Monaten tritt er in den großen Kreis derer, die einmal in Deutschland Minister gewesen sind, sieht den Kreis seiner Freunde verengt, sich aus seinem alten Beruf herausgerissen, Verbindungen aufgelöst, zu deren Aufspürung vielleicht ein Leben gehörte, und ist oft politisch vereinsamter, als er jemals vormdem gewesen ist.

Glaubt man etwa, daß die Führer unserer Industrie, unserer Wirtschaft und unseres Volkstums sich danach

lehnten, im heutigen Deutschland Minister zu werden? Zu allem kommt in einer Zeit, in der unsere Währung überhaupt keinen festen Grund mehr hat, für manche Kreise auch noch das finanzielle Moment. Das Ministeramt bedingt das Ausscheiden aus jeder geschäftlichen Tätigkeit. Das Äquivalent des Gehaltes ist demgegenüber oft nur ein Teil des in der Wirtschaft erzielbaren. Alle diese Begleitungen aufgeben, dafür Minister werden, heißt für jeden, der nicht ganz fest fundierte Vermögen besitzt, die Existenz seiner Familie aufs Spiel setzen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Max Böls in das Breslauer Gefängnis übergeführt. Der in lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Kommunistenführer Max Böls ist aus der Strafanstalt Münster, wo er in den Hungerstreik getreten war, in das Breslauer Strafbauhaus übergeführt worden. — Das in Chemnitz erscheinende kommunistische Blatt „Der Kämpfer“ veröffentlicht am 5. September einen Brief von Max Böls vom 28. August, in dem dieser erneut Dinge über „feindliche Mißhandlungen und Quälereien“ durch den Zuchthausdirektor äußert, seine Freilassung bis zur Wiederaufnahme seines Prozesses fordert und ankündigt, daß er am 5. September erneut in den Hungerstreik trete. Er appelliert an seine Genossen, für seine Freilassung zu sorgen und schreibt: „Mögen die Genossen, mag die Partei ihre Pflicht tun, wie ich sie stets getan habe.“ — Der Kämpfer bringt anschließend an den Brief Meldungen über Masseneremtionen der vogtländischen Arbeiter, die durch Entschuldigungen der Vogtländischen und Abständler Böls' Nachdruck geben wollten.

Allduentscher Verband. Auf den Tagungen des Allduentschen Verbandes vom 1. bis 3. September in Offen wurden folgende Entschuldigungen angenommen: 1. Der erste Bruch des heute in Offen an der Grenze des besetzten Gebietes zu seiner diesjährigen Tagung versammelten Allduentschen Verbandes gilt den unter fremder Besetzung stehenden Verbänden. Der Allduentsche Verband gebietet auch in unverbrüchlicher Treue aller durch die Vergewaltigung vom deutschen Volkstum losgerissenen Gliedern in der Gewissheit, daß durch Bedrückung und Fremdbestimmung das Gefühl gemeinsamen Blutes und untrennbaren Verbundenheit zu unerschütterlicher Stärke erwacht. 2. Der Allduentsche Verband warnt in der höchsten Not des Vaterlandes erneut vor der Fortsetzung der Erfüllungspolitik. Er weist darauf hin, daß die bisherigen Erfüllungshandlungen Deutschlands auf unsere Volkswirtschaft verhängnisvoll gewirkt haben, so daß wir jetzt in der Tat vor dem Kampf ums nackte Leben stehen. Jeder weitere Verlust, die unerschütterlichen Bestimmungen des Versailler Gewaltvertrages zu erfüllen, wird die Möglichkeit vermindern, über den bevorstehenden Winter hinwegzukommen. Unter solchen Umständen beschwört der Allduentsche Verband Regierung und Reichstag, entschlossen jede weitere Erfüllung zu verweigern, zumal da alle bisherigen Opfer und alles Nachgeben nur das Gegenteil des Erstrebten erreicht haben. Einen neuen Beweis für diese Auffassung erbringt der Allduentsche Verband in dem jüngsten Beschluß der sogenannten Vorkonferenz in Sachen der Leipziger Friedensprozedur. Indem der Allduentsche Verband die Unbilligkeit der öffentlichen Meinung Deutschlands in der Abwehr dieses neuen Angriffs unserer Feinde auf die deutsche Ehre festhält, schließt er sich den Entrüstungsbewegungen anderer Verbände an und erwartet, daß auch in dieser Frage die Reichsregierung jedes feindliche Anstreben zurückweist. — 3. Angesichts der allgemeinen, auch von den Feinden anerkannten Lebensunfähigkeit des deutschösterreichischen Staates weist der Allduentsche Verband darauf hin, daß bereits im November 1918 Deutschösterreich seinen Willen kundgetan hat, an dem großen deutschen Vaterlande zurückzutreten; er erinnert daran, daß die österreichische Nationalversammlung damals einstimmig ihr Vaterland als Bestandteil des Deutschen Reiches erklärt hat. Dieser Wille unserer ökonomischen Volksgenossen ist in den Bestimmungen des Versailler und des St. Germainer Vertrags zum Ausdruck gebracht worden und besteht heute trotz aller Drucks der Feinde unvermindert weiter. Nun ist Deutschösterreichs wirtschaftliche Not aufs äußerste gestiegen. Sie muß jeden Deutschen, in dem das Gefühl der Mitverantwortlichkeit für das Schicksal des Volksganges lebt, zu der Einsicht bringen, daß die 6 Millionen Deutschen der Ostmark nur durch den Anschluß an das Deutsche Reich vor dem Untergang gerettet werden können. Keine Macht hat das Recht, unter der Vorpiegelung eines Hilfsversuches Deutschösterreich zu zerschellen und sich einzuverleiben. Der Allduentsche Verband erachtet es als eine dringende Pflicht der Reichsregierung, endlich den Anschluß Deutschösterreichs unverzüglich zu betreiben und durchzuführen, damit unsere deutschen Volksgenossen in den Alpen und an der Donau aus höchster Not gerettet werden und der naturgegebenen Anspruch unseres Volkes auf seine Einheit Erfüllung findet. — Vom 1. bis 5. September fand zum ersten Male eine Tagung der Allduentschen Jugend statt.

Deutschlandreise eines spanischen Politikers. Der bekannte spanische Politiker, frühere Außenminister und langjährige Kammerpräsident, Miguel Villanueva befindet sich zur Zeit auf einer Informationsreise in Deutschland. Er hat seine vorgefertigen dem Auswärtigen Amt und dem Reichskanzler einen Besuch ab.

Angedachte „deutsche Friedensbedingungen“. Aus Berlin wird gemeldet: In gewissen Zeitungen des In- und Auslandes, u. a. in der Belgrader „Rimose Wremja“, sind deutsche Friedensbedingungen verbreitet worden, die angeblich der frühere Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, im Jahre 1914 mitgeteilt haben soll. Nach dieser Meldung sollte u. a. ein befestigtes Frankreich mehr als ein Viertel seines Gebietes, dazu sämtliche Kolonien an Deutschland abtreten. Die Tendenz solcher Meldungen ist klar erkennbar. Graf Bernstorff hat derartige Äußerungen, wie sie ihm in den Mund gelegt werden, niemals getan. Auch der frühere deutsche Botschafter in Konstantinopel hat sich niemals, wie behauptet worden ist, gegenüber dem früheren Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Türkei in diesem oder ähnlichem Sinne geäußert.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden. Am Dienstag trafen in Dresden die Vorsitzende der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen Ministerialdirektor von Stöckmann und der Vorsitzende der polnischen Delegation Minister von Olsowski ein. Beide hatten alsbald nach der Ankunft eine Besprechung über das Programm der Arbeiten, die Mittwoch begannen.

Deutscher Mietertag in Kassel. Der Sonntag brachte eine Reihe von Vorschlägen des Leiters der sozialen Verbände Deutschlands, Dr.-Ing. Wagner-Berlin, der in erster Linie Ueberführung der Zwangswirtschaft im Bauwesen in die Gemeinwirtschaft forderte, ähnlich wie die Selbsthilfe der Bauarbeiterschaft durch Errichtung der sozialen Baubetriebe. Der Redner steht auf dem Standpunkt, daß Selbsthilfe der beste Mieterchutz sei. Dazu gehört, daß die Vergarbeiter, auch die Bauarbeiter Ueberführten werden. Die Mittel, die auf diese Weise aufgebracht werden, dürfen nur dem Wohnungsbau unter Kontrolle der Kopf- und Handarbeiter zugeführt werden. Der Redner ging noch weiter und empfahl die Einführung der Arbeitsschicht nicht nur für die Bauarbeiter, sondern für die Arbeitnehmerschaft überhaupt, und zwar in der Weise, daß täglich

eine Stunde geleistet wird, die von den Arbeitgebern bezahlt werden muß. Die Forderung erfolgt nicht an die Arbeitnehmer, sondern an die Stelle, die den gemeinsamen Wohnungsbau zu betreiben hat, nicht etwa an den kapitalistischen Wohnungsbau. Ohne Rücksicht darauf, ob schon gebaut wird oder nicht, sind alle so ausbeutenden Mittel sofort der Bauhelferschaft zuzuführen. Steine, Zement, Holz usw. ist zu kaufen und hinzuliegen. Schließlich trat Dr. Wagner für die Einsetzung eines Reichs-Wohnungskommissars als verantwortliche Regierungsstelle ein. Im Verlaufe der Aussprache wurde die Wohnungsbaufrage von den verschiedenen Seiten beleuchtet. Während sie von einzelnen Rednern als die ungerechteste Steuer angesehen wurde, ist sie von anderen als die einzige Hilfsmöglichkeit angesehen worden. Nachdem noch kurz über das Reichsmietengesetz gesprochen worden war, wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt und einer besonderen Kommission die Fassung einer Entschließung darüber überlassen, ob die Wagnerschen Forderungen die Meinung des Mieterlages darstellen oder nicht.

Die deutsche verfassunggebende Kirchenversammlung. Heute gestern mit 126 gegen 78 Stimmen die von der Auswahlgemeinschaft beantragte Fassung des Vorprojektes, Braemhambel der Kirchenverfassung ab. Damit seien sämtliche vorläufigen Fassungen des Verfassungsvorprojektes.

Die Versicherungsfragen auf 300.000 M. erhöht. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschloß gestern am Dienstag mit einer Vorlage des Reichsarbeitsministers, die der dringendsten Not der Sozialrentner abhelfen soll. Das Reich stellt eine Milliarde Mark zur Verfügung, die an die Länder zur Verteilung kommen, wobei 30 Millionen Mark als Sonderzuschüsse für die besetzten Gebiete gedacht sind. Drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers sehen eine Verdoppelung der Versicherungsprämie der Angekettetenversicherung von 100.000 auf 200.000 Mark sowie der Grundlöhne und der Drittumlagegrenze bei den Krankenkassen und der Erhöhung von Geldbeiträgen in der Kranken- und Unfallversicherung vor. Die Grundlöhne bei den Krankenkassen wurden von 60 M. bzw. 120 M. auf 180 M. bzw. 360 M. erhöht. Die Höchstgrenze der Krankenversicherung, der Angekettetenversicherung und der Unfallversicherung wurde auf 300.000 Mark festgelegt. Die Vorlagen wurden angenommen, ebenso ein Antrag des Abg. D. Mumm (Dnat.), wonach die zugunsten der Kleinrentner neu in Aussicht genommene Summe von 500 Millionen Mark mit größter Beschleunigung zur Auszahlung gebracht werden soll. — Die Vereinigung der leitenden Angestellten hat, wie aus Berlin gemeldet wird, gegen die vom sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags beschlossene Erhöhung der Versicherungsprämie in der Angestellten- und Krankenversicherung auf 300.000 M. bei der Reichsregierung Protest eingelegt.

Gehelmerklärung. Der Reichsverbandesminister hat angeordnet, daß die Geheimhaltung von Verfügungen nur noch dann vorgeschrieben sein soll, wenn aus zwingenden Gründen das Staatswohl dies verlangt. Die bloße Befürchtung, daß Maßnahmen der Verwaltung in der Öffentlichkeit oder in gewissen Verkreisen kritisiert werden, soll nicht dazu führen, ein Schriftstück als geheim zu bezeichnen. Für die Verwaltung soll leitender Grundfah sein, daß sie eine Verordnung, die sie für notwendig hält, zu verantworten und eine Kritik ihrer Tätigkeit nicht zu scheuen hat.

Der Leiter der deutschösterreichischen Bewegung in Weidenburg. Erich Bode, der vor kurzem vom Staatsgerichtshof aus der Haft entlassen worden war, ist wegen Geheimhandels wieder verhaftet worden.

Die Ueberführungsfrage im Ruhrgebiet. Nach Blättermeldungen soll der Alte Vergarbeiterverband eine etwaige Erweiterung des Ueberführungsabkommens im Zusammenhang mit dem Stinnes'schen Reparationsplan abgelehnt haben. Wie die „Wein-Welt“ dazu äußert, ist diese Ablehnung vollständig aus der Luft gegriffen, da ein solches Anstreben an den Alten Verband niemals ergangen ist und er mit ihm auch nicht dazu Stellung nehmen konnte. Damit lassen auch alle von anderer Seite daran geknüpften Kombinationen in sich zusammen.

Polen. Die Abrüstung. Die Abrüstungskommission des Völkerverbandes hat einen Rapport ausgearbeitet, in dem festgestellt wird, daß Polen seine Armee seit dem Jahre 1920 bereits um 1/3 verringert hat.

Republik Oesterreich. Vollkommene Ruhe in ganz Oesterreich. Das Telekorr.-Bureau teilt mit: Entgegen den Gerüchten, die offenbar auf das durch den Seherstreik verurteilte Fehlen der österreichischen Zeitungen zurückzuführen sind, muß festgestellt werden, daß in Wien und ganz Oesterreich vollkommene Ruhe herrscht und die Ordnung nirgends gefährdet worden ist.

Dem Gatten in den Tod gefolgt. Nach dem plötzlichen Tode ihres Gatten hat Frau Sembat sich Dienstag nacht erschossen.

181. Landeslotterie. 4. Klasse. 1. Zug. 6. Sept. (Ohne Gewähr.)

150 000:	12207
100 000:	38146
50 000:	20078
25 000:	6370 88201
10 000:	7302 28116 112652
5 000:	42643 119042 129846
2 500:	4126 17135 50159 80880 85374 104820
128332	
3 000:	2591 19657 23872 45649 46217 48955 55621
65248 70765 75519 99100 124099 125766	
2 000:	3466 5872 9343 11552 23828 27711 28407
36968 59758 74824 79444 86804 88989 94278 99159	
109961 113908 115222 117092 118829 124446	
1 200:	495 3494 3930 3984 4494 5152 6468 7284
7529 8594 9075 9568 9678 9958 11653 11909 11956	
12097 12240 12382 12412 12571 12631 12687 13435	
13942 14244 16087 16614 16633 17091 17383 18280	
18951 19038 19425 19449 19643 19707 20059 21076	
21292 22644 22858 23994 24488 24847 26206 26591	
27905 27975 29464 29603 30708 31295 31470 31644	
33399 33902 34998 35020 35084 35252 35778 38038	
39186 40247 40777 41284 41691 42043 43140 43408	
43636 44180 45079 47377 47468 48105 49385 49487	
50285 50517 52228 52961 53187 55012 55875 57607	
58807 58868 59444 59492 60141 60188 60394 60497	
61147 62322 62917 63277 63709 63892 65218 65359	
65542 65930 66051 68958 68127 68645 68864 71007	
71797 72459 72679 72728 73844 73053 73925 73419	
74258 74609 75408 76415 76795 77323 79089 79492	
80477 80808 81516 82229 82480 83105 83221 83527	
83574 84440 84599 85566 88964 89006 89397 90000	
91594 92165 92528 93283 93926 94726 95346 98049	
96453 96536 97345 98018 98798 98977 99804 99878	
100495 100954 101303 101748 102078 102187 102749	
102796 102954 103931 103944 104254 104386 105225	
105282 105343 105676 108735 108915 109576 110039	
110269 110695 110983 111813 111900 112213 112508	
112518 113796 113982 114217 114562 114726 114750	
114954 115237 115329 116181 116245 116934 117436	
118004 118394 119445 120819 121697 122238 122765	
123255 124180 125092 125709 125793 126170 127407	
128588 129059 129895	